

Wolffsche Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 6. März 1929
11. Jahrg. Nummer 54

Verlag: im Verlag der Wolffsche Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 10. Preis: 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen: 3,00 Pf. Vierteljahrspreis: 10,00 Pf. Halbjahrspreis: 18,00 Pf. Jahrespreis: 32,00 Pf. Ausland: 36,00 Pf. (inkl. Post). Die Zeitungspreise sind in den Preiskalendern am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverlag: in Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 560 59. Postfach 50. In Breslau 104, Kreuzer Straße 50, Telefon 239 02. Geschäftsstelle der Redaktion: in Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 239 02. Geschäftsstelle der Redaktion: in Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 239 02. Geschäftsstelle der Redaktion: in Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 239 02.

Heraus zum Reichserwerbslosentag

Erwerbslose, Betriebsstätige! Demonstriert am Mittwoch, den 6. März!
Die Zahl der Erwerbslosen steigt immer noch / Hunderttausende sind ohne jede Unterstützung / Die Hunger-Regierung unternimmt nichts, um die Not der Erwerbslosen zu heftigen / Der Kampf um Arbeit und Brot muß verschärft werden / Der 6. März muß einen gewaltigen Aufmarsch zeigen für Eure Forderungen / für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß / Segen das Arbeitslosen-Verelendungsgesetz / für die Verkürzung der Arbeitszeit / für den 7-Stunden-Tag / Segen jede Ueberarbeit / für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit / für den härtesten Kampf den Ausbeutern und Arbeiterfeinden / für die Einheitsfront der Erwerbslosen und Betriebsstätigen / Segen Koalitions-Regierung und Kriegsrüstungen!

Rund um die Große Koalition

Wohin steuert das Regierungschiff?
Nachdem sich die Koalitionsverhandlungen formell zerlegt hatten, ging der Sozialdemokrat Hermann Müller zu dem Stahlhelmkameraden Hindenburg und erbat sich von ihm die Genehmigung, weiter regieren zu dürfen. Diese Genehmigung wurde ihm erteilt. Ueberblickt man das Koalitionsschiff nach geschehener Schlacht, dann bleibt übrig: Eine Regierung aus Sozialdemokraten, Volksparteilern und Demokraten — also wieder eine Regierung der Großen Koalition, aus der lediglich das Zentrum ausgegliedert ist. Diese Tatsache festzustellen, ist von besonderer Bedeutung, weil die gesamte Koalitionspresse während der ganzen Dauer des Regierungshandels und jetzt bei seinem Abschluß immer wieder behauptete, daß es eine Große Koalition im eigentlichen Sinne des Wortes nicht gäbe. Was bedeutet denn eine Regierungsgemeinschaft von der SPD. bis zu den Volksparteilern? Die Große Koalition begann die posse der Regierungsbildung vor zwei Monaten mit dem allseitigen Verständnis, daß die Große Koalition nicht genügend „stabil“ sei für die außenpolitischen und sozialen Stürme, denen der deutsche Imperialismus entgegengeht, so hat der Austritt des Zentrums aus der Regierung diesen Schwachzustand der obersten Spitze des Staates noch vermehrt; war die Große Koalition vorher nur ein stumpfes Instrument der imperialistischen Diktatur, so ist es heute um so mehr. Aber sie ist und bleibt — die Große Koalition. Und es darf so wenig wie den bürgerlichen Parteien auch der Sozialdemokratie erlaubt werden, die Massen mit der Phrase zu täuschen, daß sie für diese Regierung nicht verantwortlich sei. Sie ist in vollem Umfange für sie verantwortlich, und jetzt nach der Zurückziehung des Zentrumsministers sogar noch mehr als früher.

Täuschungsmanöver imperialistischer Kriegsheher

Um die Echtheit des französisch-belgischen Kriegspaktes

Alles geht programmäßig: am Anfang voriger Woche veröffentlichte die holländische Zeitung „Nieuwspaper“ den Wortlaut eines zwischen der französischen und belgischen Regierung abgeschlossenen geheimen Kriegspaktes; in den darauffolgenden Tagen bemühten sich die betroffenen Regierungen durch zahlreiche Dementis um den Nachweis, daß dieser Kriegspakt unecht sei; und in der Nacht zum Sonntag wird programmäßig der Kriegspakt-Fälscher in Brüssel verhaftet! Wer zweifelt noch, daß die kapitalistischen Regierungen Frankreichs, Belgiens, Englands und aller übrigen Länder friedfertiger denn je sind und in keiner Weise ein neues imperialistisches Völkergemeindegewalt vorbereiten?

nämlich, daß zwischen Frankreich und Belgien resp. England, tatsächlich Militärabkommen bestehen.

Es ist klar, daß die bürgerlich-demokratische und sozialdemokratische Presse in Deutschland, besonders die „Volkswacht“, in den Jubel über die ausgedehnte Fälschung mit einstimmt. Sofort nach Veröffentlichung des Kriegspaktes bewies dieselbe Presse die Echtheit dieses Dokumentes. Die bürgerlichen Pressechmuck und die Jünger des Herrn Weis mußteten warum. Diese neue Enthüllung der verbrecherischen Pläne der imperialistischen Kriegstreiber waren ihnen genau so wie die Kriegsdienstverweigerung gegen die Sowjetunion höchst unangenehm. Und die SPD.-Presse mußtete um so heftiger die Echtheit des Kriegspaktes bestreiten, als ja zur Zeit der Generalstabsverhandlungen im September 1927 der belgische Sozialdemokrat Vandervelde Außenminister war und der Kriegspakt somit trefflich die Rolle sozialdemokratischer Führer bei der Vorbereitung imperialistischer Kriege kennzeichnet. Deshalb wurde und wird die Echtheit des Kriegspaktes bestritten, um weiterhin die werktätigen Massen mit Völkerverbund- und Locarnogefasel über die wirklichen Absichten der imperialistischen Kriegsheher zu täuschen.

Die Arbeiterchaft wird den imperialistischen Kriegshehern keinen Glauben schenken. Sie weiß, daß die imperialistischen Kriegsvorbereitungen noch immer getarnt im Geheimen vor sich gehen, bis dann plötzlich der neue Völkermord ausbricht und das Proletariat als 1921 überannt wird. Und gerade heute, wo die imperialistische Kriegsgefahr die politische Weltlage kennzeichnet, spricht alles dafür, daß der französisch-belgische Kriegspakt echt ist und seine angebliche Fälschung nur ein Täuschungsmanöver ist. Schon die Dementis und diversen Erklärungen der daran beteiligten Regierungen, ihrer Presse und ihrer Gefandten beweisen dies ziemlich klar. In allgemeinen Redensarten und Nebenbühnenheiten wurde die Echtheit des vom „Nieuwspaper“ ausführlich wiedergegebenen Kriegsdokumentes in Abrede gestellt. Kein Dementi aber bestritt den Kerninhalt,

Die Arbeiterchaft Deutschlands und der übrigen Länder wird sich durch dieses Geschrei nicht verwirren lassen. Für sie sind der französisch-belgische Kriegspakt, das englisch-französische Geheimabkommen, die Kriegsdienstverweigerung und die bekannten internationalen Kriegsrüstungen klare Beweise des drohenden imperialistischen Krieges. Es gibt nur eine Antwort: in revolutionären Massenkämpfen unter Führung der SPD. muß das Proletariat die Bourgeoisie und den Reformismus endgültig zu Boden schlagen.

Revolution in Mexiko

New York, 4. März. In Mexiko ist erneut eine Revolution ausgebrochen, und die Truppenführer der beiden Staaten Veracruz und Sonora haben die politische Macht in diesen Gebieten Mexikos an sich gerissen. In weiteren sechs Provinzen sollen ebenfalls revolutionäre Kämpfe ausgebrochen sein. Die mexikanische Regierung hat sofort nach den ersten Meldungen über den Ausbruch der Revolution den Belagerungszustand verhängt, die Schließung des Hafens von Veracruz angeordnet, um den Aufständischen die Zufuhr von Munition auf dem Seewege abzuschneiden. Dabei soll es zu blutigen Zusammenstößen regierungstreuer Marineteile mit den Aufständischen gekommen sein. Mehrere Kriegsschiffe sollen sich der Aufstandsbewegung angeschlossen haben. Die bis jetzt vorliegenden Meldungen sind noch sehr unklar, so daß die eigentlichen Ursachen dieser Kämpfe in Mexiko noch nicht aufgezeigt werden können.

Schwung in der Wetterlage. Während bisher fortgesetzt hoher Druck im Osten und niedriger Luftdruck im Westen herrschten, wodurch die Zuführung kalter Luftmassen stark begünstigt wurde, liegt jetzt ein Druckgebiet über Osteuropa, während im Westen der Druck steigt. Der Wind hat infolgedessen seine Richtung geändert. Er kommt jetzt aus Nordwesten bzw. Norden und bringt bedeutend mildere Luftmassen von der See mit, während die Nordsee Temperaturen von ein bis drei Grad über Null aufweist.

Die neue NZZ. ist da!

Eine Reise nach Rußland vor 23 Jahren — darüber berichtet die neue Nummer der „NZZ“, eine Bilderreihe, die trotz den Gegenstand des heutigen Rußlands zu dem früheren zeigt. Ueber Krankheitsbekämpfung bei Kindern mit Höhenjonne berichten zwei Seiten. Der Internationalen Frauenwoche ist eine Seite gewidmet. Mit den anderen Seiten — Verbrechermwelt von Chicago, das Junstleben der Zimmerleute, Bilder von der Kartoffel- und Kohlennot, vom Leben der Holzfäller des Thüringer Waldes — ist die Nummer 10 reichhaltig und interessant.

Sie ist für 20 Pfennige von jedem Kolporteur, Zeitungsausdräger und beim Literaturvertrieb, Breslau 8, Feldstraße 50, zu beziehen.

Der offizielle „Sozialdemokratische Presseklub“ gibt sich darüber auch gar keinen Mühen hin. Zwar, führt er in seinem Koalitionsbericht aus, stehe man „vor dem Nichts“. Dennoch

„bleibt der Sozialdemokratie nichts anderes übrig, als wie die Dinge jetzt liegen, die schwere, dornige und undankbare Arbeit innerhalb der bestehenden Regierung weiter zu führen... aus ernstem, staatspolitischem Verantwortungsgesühl“.

Dieses Verantwortungsgefühl für den Staat — das heißt: für den Staatsapparat des Trustkapitals — bestätigt die Sozialdemokratie durch die weitere Regierungsbildung, wozu sie das Mandat aus den Händen Hindenburgs empfangen hat.

Aber womit begründet die SPD. ihre Haltung, die nach der Meinung der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ schon an Selbstverleugung grenzt. In erster Linie mit den Pariser Reparationsverhandlungen, die schwerwiegende Entscheidungen einer festgesetzten Regierung fordern. Dazu schreibt die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ am 2. März:

„Das bedeutet, daß der Sozialdemokrat Müller entschlossen ist, die ganze Verantwortung für den Abschluß der Reparationsverhandlungen der Sozialdemokratie aufzuladen, während die bürgerlichen Parteien, auf deren Konto der Krieg mit allen Reparationslasten kommt, sich an die Seite drücken können. Das Spiel ist so plump, daß man es längst durchschaut haben müßte. Die Sozialdemokratie soll wieder einmal die Kasanien aus dem Feuer holen und dann, belastet mit dem Odium der Pariser Zahlungsverpflichtungen, beim Volke diskreditiert werden. Wenn dann der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, darf er wieder gehen. So war es nach der Friedensunterzeichnung, so war es nach dem Ruhrkrieg, und so wird es nach den Pariser Verhandlungen sein.“

Den zweiten Grund für die Betätigung ihres „staatspolitischen Verantwortungsgefühl“ sieht die SPD. in den „Plänen Eugenbergs und anderer Diktaturkünstler“, also in dem Wachsen der faschistischen Gefahr. Darüber aber schreibt die sozialdemokratische „Plauerer Volkszeitung“ am 2. März, nachdem sie die ganze Schwäche und jämmerlichkeit sozialdemokratischer Koalitionspolitik schlüssig dargestellt hat:

„So grotesk es vielleicht klingen mag, so ist es doch heute historische Wirklichkeit: Die Koalition ist der Weg in den Faschismus!“

So widerlegt ein Teil der sozialdemokratischen Presse selbst die offiziellen sozialdemokratischen Argumente, und übrig bleibt nur die Tatsache, daß die Sozialdemokratie dem trustkapitalistischen Staat in der Großen Koalition verbunden bleibt — auf Geheiß und Verberß! Wenn der „linke“ SPD.-Flügel dazu sein bekanntes oppositionelles Geräusch von sich gibt, so ändert das an dieser Tatsache nichts, zumal die „Rechten“ inner- und außerhalb des Parlaments mit ihrem Parteivorstand durch dick und dünn gehen: sie sprachen Herrn Groener ihr Vertrauen aus, sie jagen wie die anderen die Erwerbslosen- und Invaliden-Anträge zurück, sie heben womöglich noch schärfere gegen

Umschwung in der Wetterlage. M. Berlin, 4. März. Der Sonntag brachte zunächst einmal für Norddeutschland einen Um-

Kampfprogramm der Erwerbslosen

Die schlesische Bezirkserverslosenkongferenz hat ein Kampfprogramm angenommen, das wir nachfolgend veröffentlichen. Die in dem Programm aufgestellten Forderungen sind nicht etwa solche, an deren Durchsetzung nur die Erwerbslosen ein Interesse haben. Das Interesse der Betriebsarbeiter an dem Kampf um ihre Verwirklichung muß das gleiche sein. Deshalb muß jeder Arbeiter, gleichviel ob noch im Betrieb oder schon erwerbslos, auch am 6. März sich an der Demonstration anlässlich des Reichserwerbslosentages aktiv beteiligen. Durch diese Demonstration gilt es, der Bourgeoisie und ihren Katalanen zu zeigen, daß die schlesischen und ober-schlesischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen gewillt sind, auf der im Kampfprogramm ausgezeigten Linie den erbitterten Kampf zu führen. Das Programm lautet:

Die am 2. und 3. März in Breslau tagende Erwerbslosenkongferenz, an der Vertreter aus allen Teilen Mittel- und Niederschlesiens teilnahmen, protestiert auf das Schärfste gegen die schmähliche Behandlung der Erwerbslosenfragen im Reichstag durch die politischen Parteien. Insbesondere ist sie empört über die Haltung der Sozialdemokraten. Sie spricht der kommunistischen Reichstagsfraktion für ihr entschlossenes Eintreten für die Erwerbslosen vollste Anerkennung und Sympathie aus. Die schmähliche Behandlung der kommunistischen Abgeordneten und der erwerbslosen Tribünenbesucher durch den sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten muß auf das Schärfste gebrandmarkt werden.

Wenn das sozialdemokratische Reichstagspräsidium glaubt, die Stimme der Erwerbslosen mit Gummiknüppel und Polizeigewalt zu unterdrücken, ihre Forderungen mit Füßen zu treten, wird es die gesamten Erwerbslosen in einer einheitlichen Kampfrang gegen sich sehen haben.

Durch die Anwendung des Staatsapparates im Bunde mit dem Erbkapital versucht man in allen Teilen Deutschlands die real-konkretsten Mittel gegen die Erwerbslosen anzuwenden. Ganz besonders verurteilt die Erwerbslosenkongferenz die unter der Herrschaft der sozialdemokratischen Reichsarbeitsministerin Wilsell beschlossene und durchgeführte sogenannte Saisonarbeiterfürsorge für berufsunfähige Erwerbslose. Durch dieses Gesetz werden 75 Prozent aller Arbeitslosen um einen großen Teil ihrer Arbeitslosenunterstützung betrogen.

Die Erwerbslosenkongferenz Schlesiens fordert das gesamte Proletariat auf, Betriebsarbeiter sowie Erwerbslose, in einheitlicher Front unermüdlich zu kämpfen für

die Siebenstundenschicht, strikte Durchführung des Achtstundentages, für die 45-Stunden-Woche, gegen Stilllegung und Massenentlassungen und für die Einkelung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess.

Die Delegierten fordern weiter, daß das arbeitserindliche A.B.A.G. sofort beseitigt wird und die Durchführung des Kopenhagener Beschlusses von 1919, in dem es heißt:

„Der Kongress fordert von den öffentlichen Gewalten die von den Arbeiter-Organisationen verwaltete, allgemeine obligatorische Arbeitslosen-Fürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.“

Bis zur Erreichung dieses Zieles stellen die Delegierten folgende Forderungen auf:

1. Die Wiedereinreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess durch:
 - a) strikte Innehaltung des Achtstundentages, der 45-Stunden-Woche;
 - b) Einführung des Siebenstundentages;
 - c) Aufstellung und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen durch Reich, Länder und Kommunen.
2. Fort mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und her mit einer Arbeitslosenfürsorge, wie sie gefordert wurde durch den Kopenhagener Kongress im Jahre 1910:
 - a) die Kosten der Fürsorge müssen durch die Besitzer der Produktionsmittel getragen werden;
 - b) die Fürsorge wird durch die Arbeiterorganisationen verwaltet;
 - c) die Erwerbslosen werden für die ganze Dauer ihrer Erwerbslosigkeit unterstützt, ohne Bedürftigkeitsprüfung und Karenzzeit.

Bis zur Erreichung dieses Zieles stellt die Kongferenz folgende Forderungen auf:

1. Sofortige Beseitigung des Sondergesetzes für Saisonarbeiter, Beseitigung der Pflichtarbeit im ganzen Reich, Zahlung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch die Unternehmer.
2. Aenderung des A.B.A.G. in folgenden Punkten:
 - a) die Höhe der Erwerbslosenunterstützung wird dem Vorschlag der kommunistischen Reichstagsfraktion entsprechend festgesetzt; in Städten mit 10.000 Einwohnern und darüber sowie in Industriegebieten mit ländlichen Verhältnissen wird gezahlt: für jeden Hauptunterstützungsempfänger 22 Mark pro Woche, für jeden unterhaltungsberechtigten Angehörigen der Familie 4 Mark pro Woche bis zum Höchstmaß von 42 Mark wöchentlich. In ländlichen Gebieten und in diesen liegenden Städten unter 10.000 Einwohner wird gezahlt: für jeden Hauptunterstützungsempfänger 20 Mark pro Woche, für jeden unterhaltungsberechtigten Angehörigen 3,50 Mark pro Woche, als Höchstmaß 37,50 Mark; Jugendliche unter 17 Jahren erhalten 60 Prozent der Hauptunterstützung.
 - b) Aufhebung der Arisensfürsorgebestimmungen und Einreihung aller Erwerbslosen in die A.R.L.
 - c) Sofortige Beseitigung jeglicher Karenzzeit.
 - d) Beseitigung der Anwartschaftszeit.

- e) Die Unterstützungsdauer vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit bis zur Wiederaufnahme der Arbeit.
 - f) Beseitigung der Strafbestimmungen in den §§ 247 und 275 des Gesetzes gegenüber den Erwerbslosen.
 - g) Die Notstandsarbeiter sind als Dauerarbeiter mit dem Tariflohn zu vermitteln.
 - h) Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse und gesetzlicher Schutz derselben wie den Betriebsräten.
- Dem Willkürlichen Entwurf des sogenannten „Arbeitschutzgesetzes“, der direkt von den Interessen der Unternehmer diktiert ist, sagt die Kongferenz den schärfsten Kampf an.
- Den Bau von ausreichenden Arbeiterwohnungen. An die Kommunen stellt die Kongferenz folgende Forderungen:
1. Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse und ihre Hinzuziehung zu den Beratungen aller Erwerbslosenfragen in den kommunalen Körperschaften.
 2. Bis zur Aushebung der Lohnklassen 1—5 Zahlung der Differenzen durch die Kommunen.
 3. Zahlung einer regelmäßigen Mietsunterstützung für alle Erwerbslosen.
 4. Fortfall der Hauszinssteuer für alle Erwerbslosen, auch der Stufe 8 bis 11.
 5. Zahlung der Mietrückstände der Erwerbslosen, die länger als zwei Monate erwerbslos sind.
 6. Niederzahlung der Rückzahlung aller aus Wohlfahrtsmitteln gewährten Unterstühtungen.
 7. Gewährung von kostenloser Kleidung für jeden Erwerbslosen, der längere Zeit erwerbslos ist, und an dessen Angehörige.
 8. Regelmäßige Abgabe von Gutscheinen an alle Erwerbslosen zum Empfang von Lebensmitteln, Feuerungsmaterial, insbesondere zur Lieferung von Milch für die Kinder der Erwerbslosen.
 9. Gewährung von freier Hin- und Rückfahrt zur Stempelkassette.
 10. Ausreichende Räume und Stellung von allen notwendigen Materialien für die Arbeit und Auskunftsverteilung der Erwerbslosenausschüsse.

Die Erwerbslosen-Delegierten-Kongferenz schließt sich dem Ruf der Erwerbslosen-Tribünenbesucher des Reichstags an: „Wir wollen Arbeit und Brot.“

Die Erwerbslosen, Opfer des kapitalistischen Ausbeutensystems, haben das größte Interesse daran, daß dieses System so schnell als möglich durch einen revolutionären Umsturz beseitigt wird.

Die Erwerbslosen-Delegierten geloben daher, alles daran zu setzen, um Schulter an Schulter mit den noch im Betrieb stehenden Arbeitern gegen die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Massenmordes zu kämpfen, sie geloben ferner, den Kampf für die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der es keine Ausbeutung und Profitschinderei mehr gibt, sondern allen werktätigen Menschen in gemeinsamer Arbeit eine menschenwürdige Existenz gesichert wird, zu steigern und ihn in die entlegensten Winkel Schlesiens zu tragen.

Die Kongferenz ist sich darüber klar, daß dieses Ziel nur zu erreichen ist im Geiste von Marx, Engels und Lenin durch den revolutionären Klassenkampf, wie ihn die russischen Arbeiter mit Erfolg zum Siege des Proletariats angewandt haben.



Unser die Heimat!

Ein germanischer Volkstamm, die Silingen, gaben der Heimat den Namen. Ihr heiliger Hain war der Zobten, auf dem im Abendrot oder in sternklarer Nacht Opferfeuer loderten. Im germanischen Volksmund hieß der Zobten „Silingberg“.

In der Völkerwanderung kamen die Slawen nach Schlesien, besiedelten das Land um den Zobten, übernahmen den germanischen Götterkult, machten aus „Silingberg“ „Slens“, und nannten das Land zwischen Zobten und Oder „Slensans“. Daraus wurde im Sprachgebrauch deutscher Siedler „Schlesien“ — das ist unsere Heimat.

Im Herzen Schlesiens schaffen
Tatkraft und Fleiß

RARITÄT

die Cigarette des Schlesiens!
o. Mdat. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTFABRIK G.M.B.H.

Wie steht es mit den Verhandlungen im Baugewerbe

Vom 26. bis 27. Februar wurde das vierte Mal wegen des Abchlusses eines neuen Reichstarifvertrages für das Baugewerbe verhandelt. Wie täglich die Verhandlungen geführt werden, geht aus der Unternehmerpresse des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe hervor. Am Schluß der Verhandlungen, die am 20. Januar stattfanden, gaben die Unternehmervertreter eine Erklärung ab, worin gefordert wird, daß in den nächsten Zusammenkünften eine stärkere Verhandlungsart einleiten müsse. Während die Unternehmer einen Vorstoß nach dem anderen führen, schweigen die Reformisten und schreien über ihre „Erfolge“. Sie wollen hauptsächlich die Bauarbeiter verschachern. Nichts kennzeichnet besser die Verlogenheit der Reformisten, als die Erklärung der Unternehmer sowie ihr Schweigen über die bisherigen Verhandlungsergebnisse.

Was hierher und nicht weiter! Das muß die Antwort der Bauarbeiter auf den Kuhhandel dieser „Führer“ sein. Die Unternehmer lassen nichts unversucht, um den Achtstundentag abzuschaffen. Das „Arbeiterschutzesch“ des Bismarck, der Genossen der Bernhardt, Schelbel, Wolgast und Co., im Reichstag eingebracht hat, droht besonders der Arbeiterschaft des Baugewerbes den Achtstundentag zu rauben. § 10 enthält eine Bestimmung für Saisonbetriebe, monach der Unternehmer das Recht hat, die durch Witterungsverhältnisse ausfallende Arbeitszeit nachholen zu lassen. Das heißt, daß die ausfallende Arbeitszeit während der Wintermonate auf die Sommermonate verteilt werden soll. Das bedeutet zehn- bis zwölftägige Arbeitszeit für das Baugewerbe. Wie groß die Gefahr für die Bauarbeiter ist, geht aus einem Bericht der Unternehmer über die Verhandlungen vom 11. bis 13. Februar hervor. Sie schreiben unter anderem:

„Vor allen Dingen scheint eine Einigung über das wesentliche Gebiet der Ueberstunden und der Mehrarbeit möglich zu sein... Dagegen sind sich die Parteien über die Lohnzahlung für nicht geleistete Arbeitszeit einig geworden. Es ist dabei gelungen,

Fassungen zu finden, die eine mißbräuchliche Ausnutzung der „sozialen“ Bestimmungen erschweren.“ Die Bauarbeiter haben alle Ursache, mißtrauisch zu sein, denn bei Verhandlungen kann für die Arbeiterschaft nichts herauskommen. Die Bauarbeiter sollen wiederum retrogen werden! Die Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet stärkere Erwerbslosigkeit, und die Unternehmer werden versuchen, mit der geschaffenen Reservearmee die Löhne der im Betrieb stehenden herabzudrücken. Veranlassung der Akkordarbeit in den Tarifverträgen, keine Begrenzung der Regenstunden, Verschärfung des Schlichtungswesens, keine Regelung der Ferien und drei Jahre Tarifdauer, das ist das Ziel der Unternehmer. An Stelle des geheimen Kuhhandels muß die Arbeiterschaft den Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen vorbereiten. Ein Reichstarifvertrag, der nicht die Forderungen der Bauarbeiter erfüllt, muß einstimmig abgelehnt werden. Die Bauarbeiter müssen ihren Forderungen mehr Nachdruck verleihen. Jetzt gilt es, nach Schaffung einer einheitlichen Kampffront in den Betrieben, die Forderungen im Kampf durchzusetzen. Jede Baustelle einen revolutionären Betriebsrat, in jedem Ort, in jedem Bezirk die besten Kollegen hinein in die Kampfstellung! Nur so ist es möglich, die Pläne der verräterischen Gewerkschaftsführer und des Unternehmertums zu vereiteln!

Trotz reformistischem Terror — rote Betriebsräte

Die W.D.-Zahlstelle D u d a r d e. R u h r nahm in ihrer letzten Mitgliederversammlung zu den Betriebsräte wahlen Stellung. Die Reformisten schlossen aber bald die Versammlung, weil sie merkten, daß diese eine oppositionelle Mehrheit hatte. Die freigewerkschaftlich organisierten Kameraden der Zahlstelle der Besse Danja riefen jedoch sofort eine Parallel-Versammlung ein, in der nur revolutionäre Betriebsräte aufgestellt und ihre Wahl beschlossen wurde.

Rauffunger Kalfarbeiter fordern Lohnzulage

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.) Der Lohnstarif der drei Rauffunger Kalfwerke Tschirnhaus, Siebert und Silesia läuft am 10. März ab, während für das vierte Werk, Köhlerberg, Tarifablauf der 30. April ist. Eine Funktionärskörung in Anwesenheit des Gauleiters Thieme beschloß die Kündigung des Tarifs. Seitens der Opposition wurde Erhöhung des Mindestallorbslohnes um 15 Pf., Erhöhung der Stundenlohne um 15 Pf. bei Jugendlichen, bei Frauen um 20 Pf., als Forderung zu stellen vorgeschlagen, des weiteren Wegfall der Spannen von 18—20 und 20—22 Jahren bei Jugendlichen der Klassen A, B und C, bei Frauen von 18—20 Jahren. Eine Erhöhung der Akkordlöhne muß erfolgen. Da im Herbst sowie Entlassungen und Kurzarbeit immer eintreten, war es auch in diesem Winter nicht anders. Infolge der Kälte und des Abganges hat man nun in der Woche vom 10. bis 17. Februar die drei Werke fast stillgelegt und die Arbeiter entlassen. Dies betraf 600 bis 700 Arbeiter. Gleichzeitig dürfte dabei auch der Tarifablauf eine Rolle spielen, da die Unternehmer ihrerseits den Tarif auch getündigt haben. Darauf ist seitens der Gauleitung der Fabrikarbeiter den Unternehmern die Forderung zugegangen, und zwar: Erhöhung des Mindestallorbslohnes um 10 Pf. auf 95 Pf., für Tagelohn 25 Prozent weniger. Den Arbeitern der drei Betriebe erwächst die Aufgabe, wachsam zu sein, um zu einem erfolgreichen Abschluß zu kommen. Sie dürfen sich nicht durch die Erzählungen der Unternehmer von dem angeblich fehlenden Absatz einschüchtern lassen. Auch müssen sie Kampflinien in den Betrieben wählen, die die Aufgabe haben, den Kampf vorzubereiten und zu leiten.

Die werktätige Frau

Wirksamen Schutz für Mutter und Kind fordert die kommunistische Reichstagsfraktion

Das Arbeiterinnenschutzgesetz steht vor, daß eine Arbeiterin sechs Wochen vor und nach ihrer Niederkunft in der Fabrik nicht zu arbeiten braucht. Sie darf wegen Schwangerschaft nicht entlassen werden. Doch die Praxis ist anders: Wieder nur ein Beispiel von vielen:

Eine Arbeiterin der Parolina-Margarinefabrik in Berlin wird im vierten Monat ihrer Schwangerschaft gekündigt, als ihr Zustand offenbar wurde. Die Arbeiterin klagte auf Wiedereinstellung. Doch das Gericht fällt folgende Entscheidung:

„Die Klägerin ist außerordentlich geschwängert worden, also nur durch ihre Verschulden in diesen Zustand geraten. (Hört! hört! bei den Komm. Das ist republikanische Justiz!) Sie hat offensichtlich den Monat abwarten müssen, in dem der gesetzliche Mutterschutz eintritt.“ Der Einspruch der Arbeiterin wird also abgewiesen.

Der vorliegende Gesetzentwurf bietet keinen Schutz für die ledige Mutter und das uneheliche Kind. Er schützt das Privateigentum. Er trifft Sicherungen, daß das Vermögen nur an die legitimen Erben übergehe, er ist ein Schutz für die bestehenden Väter, die zwar ledige Proletariermädchen als Lustobjekte gebrauchen dürfen, aber den unehelichen Kindern kein Erbrecht einräumen wollen. Wir Kommunisten fordern grundsätzlich die Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen Kinde.

Der vorliegende Gesetzentwurf erfüllt diese Forderungen keineswegs. Das Kind erhält nur den Namen der Mutter. Hier müßte

der freie Wille der Eltern entscheidend sein. Die elterliche Gewalt hat nicht die Mutter, sondern die Vormundschaft. Sie kann zwar der Mutter die elterliche Gewalt verleihen, aber sie entscheidet stets klassenmäßig.

Wir lehnen auch die Pflegschafts-, die Uebertragung der elterlichen Gewalt an Anstalten und Vereine ab, weil sie die Auslieferung der Proletarierkinder an die christlichen Organisationen bedeutet, weil dort die Kinder zu demütigen Lohnsklaven geprügelt werden.

Wir fordern ausreichenden Schutz für Mutter und Kind entsprechend den von uns vorgelegten Anträgen, Kinderheime und Kinderkrippen, Mütterheime usw. als Einrichtungen der Kommunen. Der Schandparagraf 218 muß fallen. Die verurteilten Proletarierfrauen müssen sofort amnestiert werden.

Wir sind uns bewußt, daß im kapitalistischen Staat es für die Proletarierkinder keine Gleichberechtigung gibt, für die unehelichen Kinder keine Gleichstellung mit den ehelichen Kindern. Nur in der Sowjetunion sind die Kinder völlig gleichgestellt, ist die Mutter frei und gleichberechtigt. Wir rufen die Massen der proletarischen Frauen, wir rufen auch jene Leidgeschickten, ledigen Mütter auf, den Kampf um ihre Gleichberechtigung zu führen als einen Kampf zum Sturze des Kapitals. Erst in einem Sowjetdeutschland wird die proletarische Mutter frei sein.

Selbst mit dem Arbeitskollegen um höhere Löhne und um den Siebenkubentag.

Wenn wir nicht heute schon Tag für Tag im Betrieb werben unter diesen Arbeiterinnenmassen, sie aufklären und für unsere Kampffront gewinnen, so wird es ein furchtbares Ertragen geben, wenn im kommenden Kriege die Frauen zur Kriegsdienstpflicht kommandiert, in den Betrieben in unbeschränkter Arbeitszeit und unerschöpflicher Arbeitskraft die Munition und die chemischen Produkte für den Krieg herstellen werden, wenn sie, die heute schon in diesen Ländern militärisch mit der Waffe in der Hand ausgebildet werden, die besten Soldaten für den Imperialismus abgeben werden. Heute noch sind die werktätigen Frauen in ihrer Mehrheit politisch unangekämpft, gewerkschaftlich unorganisiert, mit Hilfe von Werkvereinen und bürgerlichen Frauenorganisationen das gefügige Werkzeug des Kapitalismus.

Darum ergreift zur Internationalen Frauenwoche, die von der K.P.D. vom 3. bis 10. März durchgeführt wird, der Ruf an die Arbeiterinnen:

Entreißt Millionen von Frauen dem verderblichen Einfluß der sozialdemokratischen Führerschaft und der bürgerlichen Frauenorganisationen, führt sie der roten Massenfront des Proletariats zu.

Mobilisiert die Frauen zur Internationalen Frauenwoche!

Nehmt Stellung in den Betrieben und Gewerkschaften zum Internationalen Frauentag! Jeder revolutionäre Arbeiter ein Agitator unter den Frauenmassen! Jeder Betrieb, in dem größere Massen von Arbeiterinnen beschäftigt sind, werde eine neue Burg der revolutionären Arbeiterschaft!

Jeder Betrieb entsende in der Internationalen Frauenwoche zu den Konferenzen werktätige Frauen!

Der Internationale Frauentag 1929 muß ein gewaltiger Schritt vorwärts werden in der Mobilisierung und Erfassung der werktätigen Frauenmassen. Tausende von Frauen hinein in die kommunistische Partei! Tausende von Frauen hinein in die proletarische Frauenorganisation, den Roten Frauen- und Mädchen-Bund! Tausende neuer Leser für die kommunistische Presse und die revolutionären proletarischen Frauenzeitschriften!

Noten nehmen heraus am Internationalen Frauentag! Es lebe die einheitliche revolutionäre Kampffront! Es lebe der Internationale Frauentag!

Rüstet zur internationalen Frauenwoche!

Von René Overlach

Unabhängig am 8. März ruft die kommunistische Internationale die proletarischen Frauen der ganzen Welt auf zum Internationalen Frauentag. Der Internationale Frauentag ist der Kampf- und Demonstrationstag der ausgebeuteten, entrechteten und geknechteten Frauenmassen aller kapitalistischen Länder, ist der Festtag der durch die Revolution befreiten und gleichberechtigten Millionen Frauen der Sowjetunion.

Am Internationalen Frauentag demonstrieren die werktätigen Frauen ihren revolutionären Kampfwillen, ihre Kampfbereitschaft, treten sie auf mit ihren Forderungen und Lösungen:

- Krieg dem imperialistischen Kriege — schützt und verteidigt die Sowjetunion!
- Kampf für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für den Siebenkubentag, für ausreichenden Arbeiterinnenschutz!
- Kampf für die Befreiung des Proletariats — erst mit seiner Befreiung schlägt auch die Befreiungsfraube der proletarischen Frauen!

Der Internationale Frauentag muß in Deutschland zu einem Kampftag des Proletariats werden, zu einem Tage der Mobilisation der Frauenkavallerie der kämpfenden Arbeiterklasse.

Die russischen Bolschewiki führten den Internationalen Frauentag im Gegensatz zu den Absichten der Reichsbewegung als einen Kampftag des gesamten Proletariats durch. Schon unter dem Parisschutz demonstrieren die Arbeiter am Internationalen Frauentag gemeinsam mit den Frauen, nahmen schweren Reiter und Verbannung auf sich.

In Rußland und Dänemark, wo der größte Teil der Bevölkerung dem jüdischen Glauben angehört und der Sonntag ein Arbeit-

tag war, wurde der Internationale Frauentag durch die Niederlegung der Arbeit von der Arbeiterschaft gefeiert.

Zum Internationalen Frauentag 1913, als die russischen Arbeiterinnen zum ersten Male ihren Kampftag begingen, wurde in den Petersburger Versammlungen eine Resolution angenommen, welche besagte:

„Zwischen den Interessen der Arbeiterinnen und den Interessen der Frauen anderer Klassen gibt es nichts Gemeinsames. Die Befreiung der Proletarierin kann darum nicht das Ziel der Frauen anderer Klassen sein, sondern nur das Ziel des gemeinsamen Kampfes aller Proletarier ohne Unterschied des Geschlechts.“

Auch die deutsche Arbeiterschaft muß sich am Internationalen Frauentag bewußt werden, daß es ohne die proletarischen Frauen keine Massenbewegung gibt, daß ohne die proletarischen Frauen kein erfolgreicher Kampf gegen den Krieg geführt werden kann, daß die proletarische Revolution ohne die Frauenmassen als Mittkämpferinnen nicht siegreich durchgeführt werden kann.

Immer bedeutsamer wird die Rolle der werktätigen Frauen im revolutionären Kampf mit ihrer wachsenden Hineingehung in die Produktion, mit der Zunahme von Millionen Lohnarbeiterinnen in den Betrieben. Diese Millionenmassen der Frauen gilt es nicht abzuziehen durch einen völlig unsinnigen, von vornherein zum Mißerfolg verdoamten Kampf gegen die Erwerbsarbeit der Frauen — der Kapitalist wird immer die billigste und willigste Arbeitskraft in seinen Betrieben einstellen —, der Millionenmasse der proletarischen Frauen gilt es, den einzigen Weg aus ihrem Elend zu zeigen, den Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, den Kampf Seite an

1400 Roman-schneidern

1400 Arbeiterinnen müssen in sechs Wochen heiraten oder — sie werden skizlos entlassen

Der italienische Automobilfabrikant Borsalino hat seinen 1400 Arbeiterinnen den Befehl gegeben, im Laufe von sechs Wochen unweigerlich zu heiraten. Mädchen, die dem Befehl keine Folge leisten, werden skizlos entlassen. Diefenigen, die sich verheiraten, erhalten dagegen einen Geldbetrag für die Gründung eines Haushalts, eine Lohnerrhöhung und

eine Prämie für jedes Kind.

Borsalino will hiermit die Bevölkerungspolitik von Mussolini unterstützen.

Diese Methode der Ehepresserei dürfte wohl wenig Erfolg haben. Auch die Kinderprämien sind nur ein Hohn. Jährlich müssen viele Tausende italienische Arbeiter auswandern, weil sie in Italien weder Brot noch Arbeit bekommen können. Aber Mussolini will Soldaten haben — darum sollen die Frauen Gebärmaschinen werden.

Was kostet eine Frau?

Der nordamerikanische Prof. D. Leabitt ist in der Lage, diese Frage wie folgt zu beantworten:

In Uganda drei Stiere, in Kurdistan ein kleines Schwein, bei den Kasern acht Kühe, den Tataren eine kleine Portion Butter, in Bengalen einige glückbringende Frettchen und für ganz teure Frauen Helle wilder Tiere und bei den Eskimos etwas Tabak. In Europa und in Amerika wendet der Gatte und Vater 70 Prozent seines Einkommens für seine Tochter und seine Gattin auf, und zwar als Mißbilligung und für Toiletten oder Unterhalt.

Daß es auch Proletariermädchen gibt, die sich Brot und Toiletten selbst verdienen müssen, und daß sie die Frauenmehrheit stellen, davon hat der gelehrte Amerikaner noch nichts gehört.

Sammeln Sie leere Kaliklora-Kartons!

Sie erhalten für 20 große einen Garantie-Füllfederhalter, für 12 große eine Kaliklora-Zahnbürste (Preis RM. 1.75) Durch Kaliklora weiße Zähne und herrliche Erfrischung. Die Kaliklora-Zahnpasta eignet sich wegen ihrer Milde und ideal feinen Körnung auch besonders zur Kinder-Zahnpflege Große Tube RM. 1.—, halbe Tube 60 Pf.

* Senden Sie die leeren Kartons an die Kaliklora-Fabrik, Hamburg 30, 2 halbe Kartons Zahnpasta — ein großer. Deutsche Absender-Adresse nicht vergessen!

Morgen Mittwoch nachmittags 3 Uhr Kundgebung auf dem Schloßplatz

Erwerbslose, erscheine in Massen! Sammelplätze der Stadtteile (nachmittags 2 Uhr): Ost, am Webskyplatz; Süd, am Sonnenplatz; West, am Sirlegauer Platz; Nord, am Waterlooplatz; Nordost, am Bauschulplatz

Breslau

Achtung!

Die für morgen angelegte Erwerbslosenkundgebung findet nicht auf dem Neumarkt, sondern auf dem Schloßplatz statt. Die Sammelplätze bleiben dieselben.

Noch immer Rälteferien

Erfreulicherweise hat ein großer Teil der städtischen Schulen seine Rälteferien beendet und den Schulbetrieb wieder aufnehmen können. Ein anderer Teil aber muß geschwungenermaßen wegen Rältemangel leider immer noch geschlossen bleiben. Die Eltern derjenigen Kinder, die noch dem Schulbesuche fernbleiben müssen, werden gebeten, sich noch eine kurze Zeit zu gedulden und nicht der Behörde oder der Lehrerschaft unbedeutendste Vorwürfe zu machen. Die Verwaltung ist unablässig bemüht, Rälte in genügender Menge heranzuschaffen und den geordneten Schulbetrieb so bald als möglich in vollem Umfange wieder zu eröffnen.

Die Hilschule 11, Sternstraße, richtet einen Vehlssunterricht im Schulhause Kreuzstraße 17-25 von Mittwoch, dem 8. d. M., an ein. Die Kinder versammeln sich an diesem Tage im Korridor des Schulhauses Sternstraße, und zwar die Klassen 4 und 5 um 14 Uhr, die Klassen 1 und 2 um 15,30 Uhr.

5,4 Millionen Mark will der Magistrat

Das Städtische Presseamt schreibt uns: „Die Nachricht über den Magistratsbeschluss zum Breslauer Stadthaushaltsplan für 1929 kann nunmehr dahin ergänzt werden, daß die Bruttoeinnahmen nach dem Abschluß rund 168,7 Millionen Reichsmark, die Bruttoeinnahmen rund 168,8 Millionen Reichsmark betragen. Daraus ergibt sich ein Finanzbedarf von rund 5,4 Millionen Reichsmark, der durch die in Vorschlag gebrachten Steuer- und Gebühren erhöhungen gedeckt werden soll.“ Die Stadt braucht Geld, also muß die arbeitende Bevölkerung zahlen — das ist der ewige Reklam der städtischen Finanzpolitik. Die Breslauer Werkstätten müssen in machtvollen Protestkundgebungen einmütig zum Ausdruck bringen, daß sie nicht länger gewillt sind, die meilende Kuh des kommunalen Finanzwesens zu sein.

Generalversammlung des Breslauer Mieterschutzvereins

Der Breslauer Mieterschutzverein hielt am 18. Februar 1929 im großen Saal der „Kavattilla“, Mauritianusplatz 4, seine diesjährige Generalversammlung ab, wobei folgende Entschlüsse angenommen wurden:

1. Eine Erhöhung der gesetzlichen Miete darf unter keinen Umständen eintreten, da die heutige wirtschaftliche Lage, in der sich der größte Teil der Mieterschaft befindet, eine solche nicht zuläßt. Vor allen Dingen dürfen unter keinen Umständen Sanderzuschläge wegen Untervermietung amtlich festgesetzt werden.
2. Der Wohnungsneubau muß mehr als bisher gefördert werden, und zwar muß die Hauszinssteuer diesem Zwecke in Zukunft restlos zugeführt werden.
3. Vorkaufsvorordnungen müssen so lange unterbleiben, bis das geplante soziale Miet- und Wohnrecht Gesetz geworden ist.
4. Die Schaffung des Heimstättengesetzes muß mit allen Mitteln beschleunigt werden.

Fünf Jahre Zuchthaus wegen Spionagesverdacht

Am Montag tagte der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts. Dem Angeklagten, Weichenwarter Wilhelm Wlosch, wird verurteilt, wegen § 1 des Spionagesgesetzes zur Last gelegt. Der Angeklagte ist verheiratet und hat drei Kinder. Bald nach seiner Entlassung aus der Volksschule wurde er Streckenarbeiter. Er war Kriegsteilnehmer und hat dann als Ausschichtschaffner, zuletzt als Weichenwarter Beschäftigung gefunden. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren und zu zehn Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft wird angerechnet.

Der Stand des 6-Tage-Mennens heute 3,30 Uhr morgens: Rieger-Richtl 247 Punkte; eine Runde zurück: Knappe-Miethe 158 Punkte, Schner-Kroschel 127 Punkte; zwei Runden zurück: Junge-Stubinski 116 Punkte, von Kempen-Miens 78 Punkte, Lehmann-Bissel 69 Punkte, Rainaud-Dayen 49 Punkte; drei Runden zurück: Preuß-Riesiger 78 Punkte, Coubrp-Cordier 68 Punkte; vier Runden zurück: Manthey-Wehrendt 20 Punkte; fünf Runden zurück: Maes-Stodolny 53 Punkte.

Warnung vor einem Rentenschwindler. Ein Unbekannter sucht alte Leute, besonders Frauen, auf, die schlecht laufen können, um diesen unter irgendeinem Vorwande zu einer Rente zu verhelfen. Er erblet sich, Stempelmarken selbst zu besorgen und verschwindet dann mit dem ihm zu diesem Zweck ausgehändigten Gelde. Der Unbekannte war gut gekleidet, etwa 1,75 Meter groß, schlank, Mitte der 30er Jahre, hatte schwarze Augen, rundes Gesicht, sicheres Auftreten und trug Altentafel bei sich.

Gesunden: 2 Trauringe (gold.) gez. C. S. und L. S., 1 silberne Herrenuhr, 1 Studentenmütze, 1 goldene Damenarmbanduhr mit Silberarmband, 1 Drahtseil, 2 Dollarnoten, ein alter Trommelrevolver, eine Damenhandtasche (Inhalt: 1 Portem., 2 Bb. Schlüssel), ein Hundemaulkorb, 1 schwarzer Damenhut, 1 altes Damenhandtäschchen, ein schwarzes Stofftäschchen (Inhalt: Portem., Ohrring, Taschentuch, 1 Portem. mit einem Zehnmarkstück, 1 Wille (Goldfassung) mit Futteral, ein schwarzes Portem. mit 1,85 Mk., eine dunkle Damenhandtasche (Inhalt eine silberne Uhr [gez. W. S.], 2 Taschentücher, ein Spiegel, ein Kamm), von einem hiesigen Geschäft als Fundstücke aus dem Vorjahre überwiefen: ein Herrenhut, ein schwarze Damenstrickhose und ein kleiner Holzkasten mit einer silbernen Tafel, Untertasse und Serviettenring.

Lobe- und Thalia-Theater. Aus technischen Gründen können die Kritiken über „Carl und Anna“ und „Schwengel“ erst morgen gebracht werden.

Was geht im Breslauer Baugewerksbund vor?

Die Frage: „Was geht im Baugewerksbund vor?“ beschäftigt alle Breslauer Bauarbeiter. Ueber diese Frage soll auch in der

Versammlung am Donnerstag,

dem 7. März, 19, 30 Uhr im Lokal

Kabrische, Hirsch, Gde Bodstraße,

gesprochen werden. Alle Bauarbeiter, insbesondere diejenigen, die mit den Reklamationen des Vorstandes nicht einverstanden sind, werden aufgefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Breslauer Haushaltsplan 1929

Keine Defizit, aber neue Massensteuern

In einer außerordentlichen Sitzung hat der Magistrat die zweite Fassung des Haushaltsplanes für das Jahr 1929 vorgenommen und beendet. Vorher hatte die hiesige „Mordkommission“ des Magistrats ihre Arbeit geleistet und etwa 19 000 000 Reichsmark bei den einzelnen Etats „eingespart“ oder bei den Ueberschüssen der Betriebswerke zugelegt. Der Gesamthaushaltsplan ist nach dem Beschluß des Magistrats festgelegt:

in der Gesamtrulleinnahme und -ausgabe auf rd. 158 Mk. Mk.
in der Gesamtrulleinnahme und -ausgabe „ 129 „ „
gegenüber dem Jahre 1928
Gesamtrulleinnahme und -ausgabe „ 135 „ „
Gesamtrulleinnahme und -ausgabe „ 109 „ „

Bei Berücksichtigung der zu erwartenden Ueberschüssen vom Reich, der Betriebsüberschüsse und des Aufkommens aus den Realsteuern, bleibt ursprünglich ein Defizit von rund 22 000 000 Mark zu beden. Dabei ist der Gaspreis nach dem Vorschlag des Räumers vom Oktober v. J. schon mit 0,21 Mark für 1 Kubikmeter (jetzt 0,19 Mark) eingelegt, ebenso der Preis für 1 Kubikmeter Wasser mit 0,25 Mark (jetzt 0,23 Mark). Dieses Defizit von 22 Millionen ist durch die Tätigkeit der obgenannten Kommission auf rund 8 000 000 Mark verringert worden.

Mit welcher Großzügigkeit gearbeitet wurde, zeigt sich darin, daß allein bei dem Etat des Wohlfahrtsamtes rund 5 1/2 Millionen Mark „eingespart“ wurden. Zu dem Festbetrag von 8 Millionen Mark wurden hinzugelegt zur Abdeckung des Defizits von 1928 1 Million Mark, zur Verstärkung des Haupt-Extraordinariums 1 Million Mark und noch 1/2 Million Mark als Kosten für den neuen Härteausgleich in der Beamtenbesoldung, so daß der gesamte Festbetrag sich auf rund 5 1/2 Millionen Mark beläuft.

Wie soll nun dieses Defizit gedeckt werden? Ist man gewillt, alle arbeitereindlichen Postitionen aus dem Etat auszumergen? Sperrt man die Millionenbeträge für die Polizei, oder zieht man die bestehenden Kreise härter zu den Lasten heran? Nichts von alledem! Neue Massensteuern nach dem Vorbild des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding, Erhöhung der Miete, der Gewerbesteuer und der Gebühren ist die Patentlösung! Schiefertafel her, ich schreibe:

10% Zuschlag zur Grundvermögenssteuer	871 000 Mk.
10% Zuschlag zur Gewerbesteuer vom Ertrage	200 000 Mk.
10% Zuschlag zur Gewerbesteuer vom Kapital	23 810 Mk.
0,01 M. Gaspreiserhöhung	603 000 Mk.
0,02 M. Strompreiserhöhung bei Beleuchtung und	
0,01 M. Strompreiserhöhung bei Kraft	539 000 Mk.
0,01 M. Wasserpreiserhöhung	187 000 Mk.

Um ein Defizit von 5 1/2 Millionen Mark zu beden, erhöhe ich nach dem vorgenannten Schlüssel die Prozentzuschläge. Nach dem Vor-

schlage des Räumers und dem Beschluß des Magistrats sollen zur Beseitigung des Defizits folgende Maßnahmen ergriffen werden:

Erhöhung des Gemeindefiskus zur Grundvermögenssteuer von 280 auf 340 = 55%	2 040 000 Mk.
Erhöhung der Gewerbesteuer vom Ertrage von 600 auf 645 = 55%	1 700 000 Mk.
Erhöhung der Gewerbesteuer vom Kapital von 1470 auf 1600 = 220%	524 000 Mk.
0,01 M. Gaspreiserhöhung auf 22 Pfg. pro Kubikmeter	600 000 Mk.
weitere 0,02 M. Strompreiserhöhung bei Beleuchtung und 0,01 M. bei Kraft	539 000 Mk.
zusammen 5 408 000 Mk.	

so daß das vorhandene Defizit fast beseitigt erscheint. Die neue ungeheure Belastung der Mieter ergibt sich aus nachstehender Darstellung:

100% Grundvermögenssteuer = 3,678% der Friedensmiete. Zurzeit werden 280% Gemeindefiskus zur staatlichen Grundvermögenssteuer erhoben. Davon werden auf die Mieter 185% umgelegt, das sind von der Friedensmiete 6,796%. Wird der Gemeindefiskus auf 340% erhöht, so können auf die Mieter 240% umgelegt werden, das sind von der Friedensmiete 8,815%. Durch die Erhöhung des Gemeindefiskus um 55% ergibt sich also eine Mehrbelastung der Miete von 2,020%.

Der Räumers wird in der Begründung seines Etats für 1929 in der Stadtverordnetenversammlung wieder von einem „Notetat“ sprechen. Jawohl, ungeheuerlich groß ist die Not der Erwerbslosen und sonstigen Unterhaltungsbedürftigen in Breslau. Aber durch solche Plangefaltungen: „Alle Lasten der minderbemittelten Bevölkerung“ wird die materielle Not noch mehr gesteigert. Millionen werden im Reich und in Preußen für Reparationen, Rüstungszwecke, zur Aufrechterhaltung der Macht- und Unterdrückungsorgane der bestehenden Klasse verpulvert. Den Gemeinden aber werden immer mehr die Lasten aus den Ueberschüssen gestülpt, immer größere Lasten aufgebürdet, so daß fast mit mathematischer Sicherheit vorauszusehen ist, wann sie finanziell zusammenbrechen müssen. Verantwortlich für eine solche jammervolle Kommunalpolitik sind die Parteien, deren „Röspfe“ die Regierungssessel brüden und diese Zustände in Gott ergebener Duldung mit ansehen oder noch unterstützen.

In der Stadtverordnetenversammlung werden bei der Etatsberatung die Vertreter dieser Parteien das Maul wieder weit aufreißen und versuchen, die Verantwortung für alle diese Dinge abzuwälzen. Für die werktätige Bevölkerung ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, aufmerksam die Entwicklung in der Kommunalpolitik zu verfolgen und dafür zu sorgen, daß mit diesem System Schluss gemacht wird, sonst wird man sich noch viele Jahre mit „Notetats“ beschäftigen müssen.

Schreckensurteile gegen Delfer Arbeiter

In den letzten Tagen haben Delfer Richter gegen Arbeiter Urteile gefällt, welche uns in die schlimmste Zeit der Reaktion zurückwerfen. — Genosse Stoffel wurde im Jahre 1928 vom hiesigen Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung, begangen gegenüber einem deutschnationalen Fabrikbesitzer, welcher der Arbeiter war, zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. Im Berufungs-

termin, welcher von der Staatsanwaltschaft sowie dem Angeklagten herbeigeführt wurde, erhöhte man die Strafe auf 200 Mark oder 20 Tage Gefängnis. Grund: Das Herumfucheln mit einer Zeitung vor dem Gesicht eines deutschnationalen Fabrikbesitzers, begangen von einem Arbeiter, ist eine tätliche Beleidigung und kostet 200 Mark. Wäre es umgekehrt gewesen, dann wäre der Fabrikbesitzer natürlich freigesprochen worden, denn einen Proletarier kann man nach der geltenden Rechtsauffassung nicht beleidigen. Ehre haben nur Fabrikbesitzer!

Am 27. Februar standen vier Arbeiter vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Aufruhrs, Landfriedensbruchs usw. Der Vorfall spielte sich in der Silbesternnacht ab. Wir haben in einem Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ dazu Stellung genommen. Zum Termin selbst waren 13 Zeugen geladen, davon vier Polizisten. Diese Polizisten beschworen, daß zwei angeklagte Arbeiter einen Zug nach dem Ring geführt hätten, um dort einen vorher verhafteten Arbeiter zu befreien. Die Verhandlung ergab,

daß nur durch das rücksichtslose Eingreifen des Polizeisozialisten Gerlach dieser Zusammenstoß herbeigeführt wurde.

Er erklärte: „Als die Menge vorbrängte, haben wir die Siegesfahne im Sturm genommen.“ Diese „Menge“ bestand nach den Aussagen fast aller Zeugen aus Kindern, jungen Mädchen und Familien, welche die Silbesternlocken hören wollten. Das Resultat war danach: Mehrere Personen mit dem Gummiknüppel schwer verletzt, ein Arbeiter blieb befinnungslos liegen. Um nun diese Ausschreitungen, begangen an wehrlosen Menschen, zu rechtfertigen, mußte man irgendeine Anklage konstruieren. Die Leidtragenden sind einige Arbeiter, welche dem Roten Frontkämpferbund angehören. Sie wurden angeklagt. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß Kamerad Kr. auf dem Ring verhaftet hatte, die Menge zu beruhigen; dafür bekam er ein Jahr Gefängnis! Sch. soll gesagt haben: „Jetzt gehen wir auf den Ring und hauen dem dem Schweinischädel einer runter.“ Das wurde mit 1 1/2 Jahren Gefängnis gerochen! Kr. bekam von dem Polizist Brandenburg einen Schlag mit dem Gummiknüppel. Da er kein Hund ist, schlug er zurück. Urteil: 1 1/2 Jahre Gefängnis!

Welche Umgangsformen einzelne Polizisten besitzen, zeigt der Auspruch des Polizisten Brandenburg. Dieser gab vor Gericht selbst zu, daß er gesagt habe:

„Den Krüppel, den A., den werde ich mir schon laufen!“

Man hatte noch einen Langner mit angeklagt, welcher auch einen Polizeiknüppel abgenommen hatte, er wurde freigesprochen. Grund: Polizeimeister Reichwald sagte vor Gericht aus, Langner hätte zu Unrecht den Krüppel bekommen, denn Langner habe der Polizei schon viele Dienste geleistet. Das heißt also: Langner ist ein Polizeispießel. Wir warnen hiermit alle Arbeiter vor diesem Durschen!

Zu diesem Klassenurteil hat die hiesige „Volkzeitung“ mit Erfolg beigetragen. Angefangen mit Spaltenlangen Artikeln über „kommunistische Ausschreitungen“ bis zu der Berichterstattung von Begehren einzelner Arbeiter, welche mit unseren Organisationen in Verbindung gestanden haben, hat sie alles getan, um bei diesem Prozeß der hiesigen proletarischen Bewegung den sogenannten Dolchstoß zu verhindern. Aber gemacht, meine Herren. Gerade diese Kampfweise einer sogenannten „Volkzeitung“ wird nach und nach auch dem gläubigsten sozialdemokratischen Arbeiter die Augen öffnen. Die politische Verleumdung des Berichterstatters der „Volkzeitung“ geht soweit, daß er der hiesigen bürgerlichen Zeitung einen Bericht von diesem Termin gibt, welcher einigermaßen der Wahrheit entspricht, dagegen in der „Volkzeitung“ Lügen über Lügen verpflanzt, nur zu dem Zweck, die Leser über unsere Anhänger irrezuführen. Die Drehung wird kommen. Wir erwarten dann aber, daß der Herr den Mut besitzt, zu seinen Lügen zu stehen. Unseren Klassengenossen rufen wir zu, nicht müde zu werden in der Werbung für unsere Bewegung. Einzelne Arbeiter kann man schädigen, aber die Bewegung schreitet vorwärts!

Bezeichnend ist auch hier wieder einmal die Haltung der Breslauer „Volkzeitung“ zu diesem Justizland. Während dieses Blatt täglich die bide Ueberschrift „Deutsche Schandjustiz“ wählt, wenn mal irgend jemand einen — mitunter ganz netten — Wig über die Farbensymbole dieser kapitalistischen Republik gemacht hat und für dieses Verleihen nicht gleich die von dem Reich rotgoldenen Regierungssozialisten als Schme erwarteten paar Monate Gefängnis publiziert erhält, wird dieses barbarische Urteil gegen Delfer Arbeiter mit dürftigen 14 Zeilen abgetan. Man sieht daraus die ganze Imperialität und Verkommenheit der sozialdemokratischen Journalisten.

Die Erwerbslosigkeit am Ort nimmt immer mehr zu. Zurzeit sind fast 6000 Erwerbslose vorhanden. Unsere Partei hat durch zwei Versammlungen versucht, die Erwerbslosen zu erfassen. Es ist auch ein Antrag an den hiesigen Magistrat auf Gewährung einer Winterbeihilfe abgeschickt worden. An den Erwerbslosen wird es jetzt liegen, diesem Antrag durch Demonstrationen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Streichen. Dienstag 19 Uhr bei Wende Mitgliederversammlung. Bericht vom 6. Weltkongress.
 - Katholischer. Mittwoch 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ dritter Diskussionsabend.
- Kommunistischer Jugendverband**
- Breslau. — Abd. Mittwoch 20 Uhr in der „Stadt Wien“ (Heines Zimmer) Mitteilungsversammlung. Buch mitbringen!
 - Gruppe West. Dienstag 19 Uhr in der „Eisernen Kreuz“ dritter Diskussionsabend.

Schleien. Alle Zuschriften an Ernst Wollweber, WdA. Breslau 8, Feldstraße 50 (WdA. Jugend).

Freiburg. Jeden Dienstag 19 Uhr Heimabend bei der städtischen Jugend.

Ring-Spartakus-Bund

Breslau. — Gruppe West. Dienstag 18 Uhr Heimabend im „Ankerheim“, Leibnizstraße.

— Gruppe Ost. Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Kante, Friedrichstraße 41.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Abd. 2. Mittwoch von 19 bis 21 Uhr Musikübungskunde bei W. S. Leibnizstraße. Erscheinen aller Mitglieder!

— Dienstag 19 Uhr Ableitungsführung im Gaudy, Gaudystraße 22.

— Abd. 8. Dienstag 19 Uhr Kabelle bei Bauer WdA.

Striegau. Mittwoch 20 Uhr Kameradschaftabend in der „Stadt Breslau“.

Sonstige Organisationen

Breslau. — Arbeiterkassen. Dienstag 20 bis 22 Uhr Übungsstunden bei Reimann.

— Abd. 8. Mittwoch 19 Uhr in der „Stadt Wien“ (Heines Zimmer) Mitteilungsversammlung. Buch mitbringen!

— Gruppe West. Dienstag 19 Uhr in der „Eisernen Kreuz“ dritter Diskussionsabend.

Waldenburger Bergland

Erwerbslose, am Mittwoch heraus!

Wir veröffentlichen mehrere Aufschriften von Erwerbslosen, die ihren Kampf ums Brot schildern. Aufgabe der Erwerbslosen ist es, diesen Kampf im Reichsbund einheitlich zusammenzufassen und mit dem Kampf der Kollegen im Reichsbund zu verbinden. Heute lautet die Parole: Erwerbslose und Erwerbstätige, am Mittwoch heraus zur Demonstration anlässlich des Reichs-Erwerbslosentages!

Der Reichs-Erwerbslosentag in Nieder-Salzbrunn!

Am Donnerstag hielten die Erwerbslosen von Nieder-Salzbrunn eine Versammlung im „Viehtrug“ ab. Nach der Wahl des Delegierten zur Landes-Erwerbslosenkongress wurden Anträge an die Gemeinde beschlossen, die fordern: Eine einmalige Arbeitsbeschäftigung für Erwerbslose, Rentempfänger sowie alle Hilfsbedürftigen, Lieferung von Kohle, pro Person zwei Zentner. Auch wurde beschlossen, eine Besetzung an das Arbeitsamt abzugeben, in welcher die Entfernung des Beamten Ditt gefordert wird. Dieser Beamte behandelt die Erwerbslosen in einer verächtlichen Weise, das es an der Zeit erscheint, hier etwas zu unternehmen. Des Weiteren wurde die Schreibweise der „Bergwacht“ anlässlich der Landeskonferenz der Erwerbslosen von einigen Kollegen scharf geäußert. Die „Bergwacht“ schrieb u. a., daß sich die Kommunisten selbst wählen, und daß sie nicht von den Erwerbslosen entsandt werden! Demgegenüber steht in Nieder-Salzbrunn fest, daß Kollege Barisch in der Versammlung einstimmig gewählt wurde. Dasselbe trifft auch für die anderen Orte zu.

An die Erwerbslosen von Freiburg!

Alle arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen versammeln sich Mittwoch um 13.30 Uhr Striegauer Straße am „Kreuz“ zur Erwerbslosen Demonstration. Es versammeln sich dort auch Polknitz und Jirau, wenn nichts anderes beschlossen ist, auch Liebichau und Kunzendorf. Es gilt zu demonstrieren gegen das Sonderfürsorgegesetz, für Einziehung in den Produktionsprozess, für den Achtstundentag und so weiter. Millionen sehen sich an diesem Tage für diese Forderungen ein. Zeigt auch ihr, daß ihr hinter dem von euch gewählten Erwerbslosenausschuß steht. Auch ihr Kollegen im Reichsbund unterstützt uns, denn unser Kampf ist euer Kampf. Wer weiß, wie lange ihr noch im Betriebe seid? Laßt nicht bei der Demonstration auf dem Bürgersteig nebenher, sondern reißt euch mit ein.

Wie ihr bereits wißt, gelangt in Jirau und Polknitz die Notstandsbeihilfe schon zur Auszahlung, während die Stadt Freiburg erst noch die Erwerbslosen registriert. Man kann auch hier sagen: Nicht Polknitz bei Freiburg, sondern Freiburg bei Polknitz! Erwerbslose, rüttelt die Stadtväter auf, befreit sie vom Schnee, wenn sie etwa eingeschneelt sind.

Die SPD. ist ein Feind der Erwerbslosen!

Dieselben Methoden, die in der Vorkriegszeit von Seiten der Bourgeoisie gegen die SPD. angewandt wurden, werden jetzt von Seiten der SPD. gegen die KPD. angewandt. In Jauer werden allmählich Zeitungen der Kommunistischen Partei an die Erwerbslosen verkauft, und zwar alle Freitage bei der Auszahlung. Natürlich paßt das den Bonzen und Speicheldedern der hiesigen SPD. nicht. Sie haben nichts Giltigeres zu tun, als die Verkäufer bei der Postgelangung zu hindern. Auch bedrohen sie sich besessener Arbeiter, welche uns am Verkauf hindern sollen. Ich stand am hiesigen Arbeitsamt mit Zeitungen, als ein stobessener Mensch an mich herantrat und meinen Ausweis sehen wollte. Er stellte sich als „Freiheitskämpfer“ und „SPD.-Mann“ vor. Ich fragte ihn, ob er aus Leubus oder Plagwitz stamme, oder ob er von Jörgelbel geschickt worden sei. Als er sah, daß mit mir nicht gut Menschen essen sei, brüllte er aus Selbsttäufung: „Paßt dem roten Kommunisten keine Zeitung ab!“ Die Wirkung blieb nicht aus: Jeder, der das Geschrei hörte, kaufte mir eine Zeitung ab. Darüber geriet er so in Wut, daß er mit den umherstehenden Arbeitern eine Schlägerei anfangen wollte. Nur durch mein Einschreiten wurde verhindert, daß er nicht den Hintern voll bekommen hat. Arbeiter, erkennt, daß es nicht die SPD. ist, welche euch eine bessere Zukunft beschert, nur die KPD. wird es sein, welche mit eurer Unterstützung eine bessere Gesellschaftsordnung erkämpfen wird!

Das Ober-Salzbrunner Parlament tagte . . .

Das „berühmte“ Salzbrunner Parlament tagte vergangene Woche zum erstenmal in diesem Jahre. Der Zuhörerraum war überfüllt, viele standen vor der Tür. Die Kommunisten und Sozialdemokraten beantragten die Freigabe des Benzinzimmers für die Zuhörer, was auch geschah. Die Protokollverlesung und der erste Punkt der Tagesordnung fanden glatte Erledigung. Ueber die Straßensanierung entspann sich eine lebhafteste Debatte. Der Zustand der Straßen und

Bürgersteige ist so schlecht, daß man sich wundern muß, daß noch keine Unglücke zu verzeichnen sind. Trotzdem soll nach Ansicht der Bürgerlichen nichts getan werden. Sparen am falschen Platz ist ihre Parole. Die Bewilligung einer Konsumandenbeihilfe in Höhe von 2600 Mark, und das Bauprogramm für 1929 (es waren 50 Wohnungen beantragt, wovon nur ein Teil gebaut werden soll) wurden ohne große Debatte beschlossen. Die Frage des Ausschlebens aus dem kommunalen Arbeitsverband, Umorganisation der Verwaltung, Regelung der Beschäftigung für drei Beamte und Gewährung einer Dienstzulage von 500 Mark jährlich an den Verwaltungsinpektor Schönreich waren Fragen, um die heftig gestritten wurde. Der Austritt aus dem Arbeitsverband wurde von den Bürgerlichen lediglich mit dem Angebot, sich zum Beitrag (52 Mark jährlich!) beizugeben. Die von der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagene Umorganisation der Verwaltung würde Entlassungen und zugleich Neueinstellungen zur Folge haben. Es ist klar, daß die Kommunisten diesen Unsinns nicht mitmachen wollten. Unser Genosse Ernst sagte bei dieser Gelegenheit, wie die Arbeiterklasse die Unsinnspolitik der Bürgerlichen beurteile. Wir empfehlen den Werttätigen von Ober-Salzbrunn, auch in Zukunft die Sitzungen des Parlaments zu besuchen, und sich enger denn je um die kommunistische Partei zu scharen!

Freiburg

Aus dem Volksbund für Mütterchutz und Sexualhygiene Eine überfüllte Mitgliederversammlung des Volksbundes für Mütterchutz und Sexualhygiene nahm Stellung zu dem Bericht und den Statutenänderungen von der Bezirkskonferenz, welche am 20. Januar in Liegnitz tagte. Dem Bericht voraus ging ein Vortrag des Bundesfreundes Schödlitz, welcher an Hand von Bildern, von Wachspräparaten nachgezeichnet, über den anatomischen Körper der Frau referierte. Den Bericht von der Bezirkskonferenz gab Bundesfreundin Berta Krause. An Hand von Material bewies sie, daß ein gutes Arbeiten mit dem Bezirksvorstand von der Zeit an, wo Bundesfreund Pauschner Geschäftsführer geworden ist, nicht mehr gegeben ist. Die Bewegung werde jetzt einseitig politisiert und dies bedeute Zerfall. Die Folgen machen sich bereits bemerkbar, indem die Ortsgruppe Gottesberg diesem Bezirksvorstand nicht mehr Gehorsam leistet und zum Görtlicher Bezirk übergetreten ist. Zu diesem Bericht sprachen mehrere Bundesfreunde, die der Bericht erstatterin beipflichteten. Nach der Aussprache ging ein Antrag ein, der den Austritt aus dem Liegnitzer Bezirk und Uebertreten in den Görtlicher Bezirk vorschlug. Ein Bundesfreund sprach dagegen und stellte den Antrag, Herrn Büders und den Geschäftsführer Pauschner in eine der nächsten Versammlungen zu laden und sie zur Rechenschaft zu ziehen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimme des Antragstellers einstimmig abgelehnt. Der Antrag, nach Görtlich überzutreten, wurde gegen eine Stimme angenommen. Ermunternde Worte der Bundeskollegin Krause bildeten den Abschluß der Versammlung, in der 15 Neuaufnahmen für den Bund gemacht wurden.

Niederschlesien

Görlitz

Freitag, den 15. März findet im „Konzerthaus“ eine

Märzgefallenen-Feier

statt / Eintrittspreis 50 Pfg. Erwerbslose 25 Pfg. Programm im Vorverkauf Lunitz 6, Geschäftsstelle.

Sagan

Die erweiterte Kreis-Erwerbslosenkongress für Sagan und Umgebung tagte am 21. Februar 1929 im Restaurant „Zur Weintraube“. Einberufen war der Erwerbslosenausschuß Sagan. Es waren auch die Nachbargemeinden des gesamten Unterbezirks, wie Grünberg, Neusalz, Freystadt, Glogau, Sprottau, Halbau, eingeladen sowie die umliegenden Kreisgemeinden. Die Kongress hatte über folgende Tagesordnung zu beraten: Erwerbslosentag in der Provinz Niederschlesien und Kreis und unsere Aufgaben. Dazu sprach als Referent Genosse Seyfert-Sagan. Damit in Verbindung wurde der Punkt 2 gebracht: „Bildung von Erwerbslosenausschüssen und Zusammenfassung derselben zu Kreisverbänden“. Punkt 3: Anträge. Punkt 4: Organisatorisches und Geschäftliches. Beschlüsse wurden folgende: 1. Anträge an Magistrat oder Gemeindevertretungen zu senden um Anerkennung eines Erwerbslosenausschusses mit mindestens beratender Stimme in der Wohlfahrtskommission und im Spruchauschuß, da dieses Mitglied über die Verhältnisse der Betroffenen am besten informiert sein dürfte. 2. Stellungnahme zum Reichs-Erwerbslosentag am 6. März 1929, wo die Möglichkeit besteht, durch Hinzuziehung der benachteiligten Gemeinden mit hoher Erwerbslosenzahl in allen Städten Demonstrationen zu veranstalten. 3. An die Reichsanwalt für A.-R. sowie die Fraktionen der SPD. und KPD. des Reichstages heranzutreten und die Beseitigung des Saisonarbeiter-Ausnahmengesetzes zu verlangen; Ausdehnung der Kriensfürsorge auf alle Berufsgruppen und Zahlung der Kriensunterstützung für die Dauer der Erwerbslosigkeit. Desgleichen soll die Reichsregierung um Bereitstellung ausreichender Mittel zur Beschaffung von Arbeit ersucht werden. 4. Wegfall der Karenzzeit sowie Beseitigung des im Gesetz bestehenden Klassensystems von 11 Klassen; an dessen Stelle sollen nur zwei Klassen kommen. Für Bedrage wurde der Unterstützungszuschuß von 15 Mark pro Woche und für Verheiratete von 25 Mark pro Woche als Einheitsbetrag vorgeschlagen mit einem einheitlichen Kinderzuschlag von 2.50 Mark pro Kind sowie Herunterziehung der Wochenzahl zur Erfüllung der Anwartschaft. Sofort sollen überall Erwerbslosenausschüsse oder wenigstens Vertrauensleute gewählt werden, die mit dem Kreis-Erwerbslosenausschuß in Verbindung stehen müssen. Auch sollen Forderungen an Stadt- und Gemeindeparlamente möglichst einheitlich gestellt werden. Dann können sich die Bürgermeister bei Ablehnung nicht wie gewöhnlich durch Hinweis auf andere Städte, welche weniger verhandeln, helfen. Jeder Erwerbslosenausschuß muß Auskunftsstunden an bestimmten Tagen aussetzen. Es wurde ein Aufruf antrag Sagan angenommen, welcher lautet: Der jeweilige Stadt-, Gemeinde- oder Kreis-Erwerbslosenausschuß wird in der „Arbeiter-Zeitung“ bekanntgegeben, soweit diese im örtlichen Betrieb liegt. Es müssen laufende Berichte an die Redaktion gesandt werden, um den Betrieb der „A.-Z.“ mit Erwerbslosenzuständen zu versehen. Dadurch ist mehr Aufklärung als mit einem Flugblatt (Antrag Neusalz) zu erwarten. Auch die Lektoren müssen den Betrieb der „Arbeiter-Zeitung“ fördern helfen. Bei Verteilung von Notstandsarbeiten sind als erstes Obliegen und Stellvertreter zu wählen, die zum Gemeinwohlbeitritt auszufordern haben und sich für ortsübliche Karte einsetzen. Weiter wurde beschlossen, den Kreis-Erwerbslosenausschuß Sagan zum Unterbezirks-Erwerbslosenausschuß einzusetzen durch Hinzuziehung von obengenannten Städten und Orten. Dieser Ausschuß soll in einer demnächst stattfindenden Unterbezirkskonferenz seine endgültige Befähigung finden. Zum Obmann des Kreises wurde Alfred Lange, Sagan, Friedländerstraße 13, zum Stellvertreter und Referenten Genosse Seyfert, Sagan, Brüderstraße 15, zum Schriftführer Otto Stahn, Sagan, in Weitzera die Kollegen Pahlmann, Madgenau, Kurt Zöllner,

Tschiesdorf, Richard Schöber, Peterdorf, und Genosse Friedrich Lowski, Sprottau, Markt 8, gewählt.

Grünberg

Bibelsprüche statt Brot

Folgender Brief geht uns zu: „In der benachbarten Stadt Grotzen (Ober) hatte ich am Sonntag, dem 24. Februar, etwas zu erleben. Es wurden mir dort einige christliche Zettel in die Hand gedrückt. Auf einem stand: „Siehe, glücklich der Mensch, den Gott tragt! So verweist denn nicht die Züchtigung des Allmächtigen!“ So weit dieser schöne fromme Spruch. Wenn du, Prolet, arbeitslos oder Sozialrentner bist, und du deinen Korb nicht füllen kannst, so sollst du „Glücklich“ sein, o Mensch, daß Gott dich tragt!“ Oder bist du reich und bettlägerig an einer Proletariatskrankheit, so sollst du „nicht vermessen die Züchtigung des Allmächtigen“. Mit allerhand solchen Wägen verurteilt man die verirrten Schäfchen bei der Kirche zu halten. Arbeiter, heraus aus der Kirche! Hinein in die freigeistige Bewegung! Lebt die „Arbeiter-Zeitung!“

Glogau

Risse in der Hindenburg-Brücke. Die 1917 vollendete Hindenburg-Brücke ist an zwei Stellen gesprungen. Die Risse sind je

Arbeiter-sport

Schlesische Meisterschaften im Mannschaftsringen

Am letzten Sonntag brachte der 1. Kreis Schlesien des Arbeiter-Athleten-Bundes seine letzte Vorentscheidung im Ringen der A-Klasse um die schlesische Mannschaftsmehrkampfsieger zum Austrag, wobei der Kraftsportverein „Einigkeit“-Langenbielau die Punkte von „Eiche“-Neurode huchen konnte. Die Endkämpfe finden am Sonntag, dem 10. 3., um 14 Uhr in der Turnhalle des Schulgebäudes Andersjensstraße statt. Partie Kämpfe versprechen die Treffen zwischen Sportvereinigung Nordof 03 Breslau, S.C. „Eiche“ Liegnitz sowie den Langenbielauern. Da jede Mannschaft gegeneinander kämpft und mit einem vollen Antraten zu rechnen ist, werden 12 hochinteressante Kämpfe auf der Matte ausgetragen werden. Der Bezirk Breslau wird mit einigen sportlichen Darbietungen das Programm wirkungsvoll bereichern, so daß für Abwechslung gesorgt ist.

Arbeiter- und Kraftfahrer-Verein Breslau

Mittwoch, den 6. März, Jugendausschreibung bei E. Böhm, Jahnstraße, Ecke Lorenzstraße. Die Abteilungsabende im Monat März sind folgende: 1. Abt.: Dienstag, den 5. u. 19. März, bei Gichos, Klosterstraße 125. — 2. Abt.: Freitag, den 8. u. 22. März, bei Klante, Hochstraße 7. — 3. Abt.: Freitag, den 8. u. 22. März, bei Japmanel, Altkönigsstraße 12. — 4. Abt.: Montag, den 18. März, bei Wiesorel, Parochstraße 6. — 5. Abt.: Dienstag, den 12. und 26. März, bei Klaz, Wierstraße 26. — 6. Abt.: Dienstag, den 5. und 19. März, bei Kirich, Steinstraße 155. — 7. Abt.: Dienstag, den 5. u. 19. März, bei Demmann, Schönstraße 21. — 8. Abt.: Donnerstag, den 14. u. 28. März, bei Stammel, Reudorfstraße 99. — 9. Abt.: Freitag, den 8. u. 22. März, bei Mariahof, Frankfurter Straße 187. — 10. Abt.: Freitag, den 8. u. 22. März, bei Wille, Jümler Weg. Jugendausstellung: wird noch bekanntgegeben. — Motorfahrerabteilung: Donnerstag, den 21. März, bei E. Böhm, Jahnstraße. Die allgemeine Monatsversammlung findet Mittwoch, den 27. März, um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus (Zimmer siehe an der Tafel) statt.

Arbeiter-Athleten-Bund 1. Bezirk. Donnerstag, den 7. März, findet in der Turnhalle Waterloostraße die Kampfrichterprüfung für sämtliche Abteilungen statt. Anfang 19.30 Uhr. Selbige findet jeden ersten Donnerstag im Monat dajelbst statt.

8. Bezirk. Bezirkswettkampf im Gerätturnen. Der 8. Bezirk hält am 10. März in Neusalz a. d. O. in der „Deutschen Reichshalle“ einen Bezirks-Wettkampf für Gerätturner ab, an dem die drei Gruppen Grünberg, Neusalz-Glogau und Sagan-Sprottau beteiligt sind. Wie bei solchen Kämpfen üblich sind die besten Turner des Bezirks um den Punktsieg und werden dementsprechend auch mit wertvollen Leistungen gezeigt. Die einzelnen Gruppen, vertreten durch je sechs ihrer besten, werden sich

Hallo! Die Trommler

spielen anlässlich der Märzgefallenen-Feier in

- Friedland am 14. März 1929
- Altwasser am 15. März 1929
- Breslau am 16. März 1929
- Gottesberg am 17. März 1929

1 1/2 Zentimeter breit. Die Brückenkonstruktion ist unbeschädigt, dagegen hat die Steinpackung durch den Frost geringen Schaden erlitten.

Liegnitz

Die Schulen geschlossen. Die Schulen wurden bis auf weiteres geschlossen, weil es nicht möglich ist, die Bevölkerung ausreichend mit Kohle zu beliefern. Man hätte diese Maßnahme schon früher treffen sollen, denn bei der anhaltenden Kälte ist es auch schwer für die Kinder, täglich weite Wege zur Schule zurückzulegen.

Zahltermine. Am 7. März ist Zahlung für Kleinrentner, am 8. März für Sozialrentner, am 14. März für Kriegsbefähigte, Kriegserkrankten, -Halb- und -Vollwaisen, Altrentner und Witwen, am 15. März für Kriegserwitwen.

In Walbau bei Liegnitz ist jetzt ein weiterer Scharlachfall festgestellt worden an einem jungen Mädchen. Selbiges wurde sofort nach Liegnitz ins Krankenhaus eingeliefert.

messen in ihrem Können am Pferd, Barren und Reck sowie in Freübungen. Eine angenehme Abwechslung in die Reihenfolge der Darbietungen bringen die Neusalzer Turner mit gymnastischen Übungen und die Turnerinnen durch ihre Singspiele und Freübungen. Alles in allem nur erstklassiger Volkssport.

Freie Sportvereinigungen 1897. Die Turnhalle Brunnenstraße ist für diese Woche noch geschlossen, während am Freitag, dem 8. 3., der Übungsbetrieb in der Turnhalle Sauerbrunn ab 18 Uhr für Schüler, ab 20 Uhr für Jugend und Männer wieder regelmäßig beginnt.

Fußballpartie. Verhandlungsausschuß. Ladungen für den 18. März 1929. Folgende Sportgenossen sind geladen: 20 Uhr: B. Walde, Sänger, Neugebauer, Weiß, Mura, Freischmied. 21 Uhr: Werzig (Weski), dazu Vereinsvertreter Vereinsvertreter. 21.30 Uhr: Erwin Nowak (Döwis) mit Paß und Vereinsvertreter. 21.45 Uhr: Schiedsrichter Weigelt (Wf.) und Schiedsrichter Malzohn.

Schiedsrichter-Ausschuß. Folgende Vereine haben sofort die Schiedsrichter-Meldebogen einzureichen: Adler, VfR, Trebnitz, Tasmania, Freizeid.

Kreisübungsabende der Fußballer. Der nächste Übungsabend ist am Mittwoch, dem 6. März, 19 Uhr in der Turnhalle Wilschstraße. Alles hat zu erscheinen!

VfL 1920 e. V. Freitag, den 8. März, 19 Uhr Jugendvollversammlung im Vereinslokal. 20 Uhr Mannschaftsvollversammlung der 3. und 4. Mannschaft. Alles hat zu erscheinen!

Arbeiter-Turn- und Sportverein e. V. Hundsfehd. Freitag, den 8. März, 20 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal Kleiner Schweidnitzer Keller, Breslauer Straße 26.



ARBEITER-SPORTVEREINE

bestellen alle Ihre Drucksachen, wie Programme, Plakate, Festschriften usw. bei der PEUVAG-DRUCKEREI BRESLAU, TREBNITZER STRASSE 50 Fernsprecher Nr. 28837

Oberschlesien

100 000 obereschlesische Frauen und Männer streuen nach Brot und Arbeit

Nach dem amtlichen Bericht für die Zeit vom 25. Februar bis 3. März ist die Zahl der Arbeitssuchenden von 98772 in der Woche auf 99 598 gestiegen. (Im Vorjahre 68 077.)

Mit dem Steigen der Arbeitslosen Zahl wächst in noch stärkerem Maße die Not und das Elend unter den erwerbslosen Familien. Zu der ungenügenden Rationierung, wozu selbst sie auch bei der schlechten Witterung, kommt noch bei diesem anhaltenden Frost, die Kälte in ihren Wohnungen hinzu. Zu einem nicht geringen Teil kaufen die obereschlesischen Erwerbslosen in Baracken und elenden Löchern, die nicht zu erhitzen sind. Die Kommünen leisten die Versorgung von Heizmaterial brutal ab. Frauen und Kinder fahren bei bangem Wagen, während die Bourgeoisie in ihren gefüllten

Wägen und Palästen sich amüsiert und die bürgerlich-sozialdemokratischen Parlamentarier einen parlamentarischen Bierabend auf Kosten der Steuerzahler in einer der vornehmsten Augustkaffeehäuser Berlins, „Abelgolds“, veranstalten und über die Misere Oberschlesiens Neben vom Stapel lassen.

Die Erwerbslosen rufen zum Reichserwerbslosentag am Mittwoch, den 6. März, und werden in gewaltigen Demonstrationen ihren Kampfeswillen gegen den Hungerkurs der Koalitionsregierung bekunden. Sie werden gemeinsam mit den Betriebsräten aufmarschieren gegen die Ausbeutung des Traktors und ihrer Trabanten.

Stürmische Erwerbslosenversammlung in Oppeln

Delegierter fährt zum Reichserwerbslosentag

Am vergangen Freitag stattgefundenen Erwerbslosenversammlung, in welcher Genosse Fabian sprechen sollte, aber durch Reichstagskämpfungen verhindert war, sprach Genosse Gierke über das Doppelspiel der Sozialdemokraten mit den Erwerbslosen im Reichstag. Er zeigte, wie diese angebliche Arbeiterpartei ihren eigenen Antrag, der für alle Arbeiter bis zu 52 Wochen Arbeitslosentag vorschlag, in dem Moment zurückzog, als er Aussicht hatte, angenommen zu werden. Man hatte nicht damit gerechnet, daß wenn auch nur aus agitatorischen Gründen, sogar das Zentrum zustimmen würde. Schamlos hat wohl kaum eine Partei gehandelt. Selbst die beiden Disziplinare der SPD, Meier und Fandrich, mußten in diesem Falle den Ausführungen von Gierke zustimmen, besuchten aber sonst, die SPD-Führer in Schutz zu nehmen, und Meier brachte sich damit herauszuheben, daß überall Fehlschüsse gemacht würden. Damit kam er aber richtig an; ein alter 64-jähriger Mann, der schon vor 40 Jahren zur roten Fahne stand, ließ außerordentlich erregt das folgende sagen:

„Das sind keine Fehler, das ist planmäßiger Verrat!“ Der ganze Saal stimmte ihm dabei stürmisch zu und Meier, der doch zu gern eine kleine Kommunistenhege an den Mann gebracht hätte, mußte schließlich zum Ende kommen.

Kollege Gierke, dem Fandrich den Vorwurf schlechter Versammlungsleitung machte, blieb die Antwort nicht schuldig, und daß seine Versammlungsleitung richtig war, ist am besten dadurch bewiesen, daß er einflußvoll zum Reichserwerbslosentag nach Berlin gewählt wurde.

Im Schlußwort blieb Genosse Gierke die Antwort nicht schuldig und rechnete unter Zustimmung der Versammelten mit dieser Sorte von Arbeitervertretern, wie sie in der SPD-Führerschaft vorhanden ist, ganz gehörig ab, er konnte das besonders deshalb sehr gut, weil die Oppelner Erwerbslosen in den letzten Jahren sehr gut die Beobachtung machen konnten, daß auch nur die Kommunisten sich um ihre Interessen kümmern, während die Sozialdemokraten Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem bürgerlichen Arbeitersamstagsklub Herr von Fata die Köpfe zusammenstecken.

Gleiwitz

Chemaliger Gewerkschaftssekretär verprügelt Lehrlinge

Eines Tages machten die drei Lehrlinge der Firma Dgröle u. Co. pünktlich um 16.30 Uhr Fekterabend. Fünf Minuten darauf traf sie der Inhaber der Firma, der ehemalige Gewerkschaftssekretär des Bauarbeiterverbandes in Breslau, Wälk. Er ging mit ihnen auf die Baustelle zurück, besorgte sich einen Stuhl und verprügelte in unverschämter Weise die drei Lehrlinge. Er brüllte auf die Lehrlinge an: „Ihr werdet jeden Sonnabendmittag unentgeltlich die Werkzeuge aufräumen!“ und gab noch ähnliche „Liebesreden“ zum Besten. Es ist ein wahrer Skandal, daß ein ehemaliger Gewerkschaftssekretär, der sich eigentlich für den Schutz der Lehrlinge einsetzen müßte, mit berartigen Mitteln und Methoden gegen die Lehrlinge vorgeht. Wir verlangen, daß die in Betracht kommenden Organisationsstellen mit allen Mitteln gegen diesen Verfallshinder vorgehen und ihm für die Zukunft etwas berartiges austreiben. Des Weiteren denkt dieser ehemalige Repräsentant des Bauarbeiterverbandes nicht einmal daran, den Lehrlingen den ihnen tariflich zustehenden Lohn zu zahlen. Auch hier ersehen wir den Zentralsverband der Zimmerer, in dem die Lehrlinge organisiert sind, dafür zu sorgen, daß der Unterzeichner Wälk nicht noch aus den Knochen der Lehrlinge einen besonderen Profit herausklaubt.

Den Lehrlingen aber rufen wir zu: Kommt zum kommunistischen Jugend und kämpft mit uns gemeinsam gegen Verfallshinder und Verfallshinder!

Hindenburg

Vorsigwert im Blick

Solle Zustände auf Ludwigsglückgrube

(Von unserem Betriebssekretär Herr...)

Die Ludwigsglück-Grube, die mit zum Vorsigwert gehört, ist als Fährstrecke bekannt. Dort wirkt auch der Stahlhelmführer und deutschnationale Stadtverordnete Klein, der voriges Jahr die Proleten prügeln wollte, aber an die falsche Adresse gelangte.

Die betrieblichen Zustände sind unter aller Sau. Das Antreibersystem triumphiert auf der Anlage. Oberbauer Kroll, der zurzeit die Vertretung für Steiger Wörb hat, der 26 Tage auf Urlaub weilt, will sich bei der Verwaltung lieb Kind machen. Das Kriechertum hat hier die höchsten Dimensionen angenommen. Als Kroll von einem Arbeiter mit „Herr“ angesprochen wurde, fauchte er diesen Proleten an und schrie:

„Ich werde dir, du Laufjunge, Aulat beibringen! Sau dir eins in die Presse, trete dir in Arsch. Du weißt wohl nicht, daß ich für dich der Herr Steiger bin?“

So „nett“ verfährt dieser Mann mit den Proleten. Dieser Kollege wandte sich zum zweiten Male an ihn, wegen der Wöhne, die nicht in Ordnung war. Und das gab diesem Kulturträger Veranlassung zum Ausfallwerden. Ältere Proleten werden mit genau solchen „Liebesreden“ bedacht.

Die Babehauszustände sind schlimm. Die Fenster sind kaputt, zuwenig Bräusen sind vorhanden, und die Aufzüge zum Aufhängen der Kleider reichen nicht aus, so daß ein Teil der Proleten die Sachen unten liegen haben muß. Dabei kommt es vor, daß sie bestohlen werden.

Diejenigen Kampfs, die Überstunden verweigern, bekommen die schlechteste Arbeit zum Lohn. Wegen Lohnunterschieden müssen die Arbeiter bis zur Schmelzwerk nach Dörschwert laufen. Ein Arbeiter, der einen Krankenschein für seine Frau haben wollte, bekam ihn nicht, weil er noch nicht ein Vierteljahr auf der Anlage beschäftigt ist.

Das Strafsystem ist ungeheuerlich. Strafen bis 10 Mark sind keine Seltenheit.

Kollegen! Warum können solche Zustände bei uns herrschen? Weil die Belegschaft nicht zusammenhält und nicht ankämpft gegen diese Schikanen und Maßnahmen der Verwaltung, und das darum, weil ein nicht geringer Teil im Stahlhelm organisiert ist. Viele Kollegen glauben, daß sie dadurch nicht auf Strafkampfen freigesetzt werden können, und daß sie lieb sind bei der falschlichen Verwaltung sind. Arbeiter, die ihr im Stahlhelm sind, vergetzt nicht, daß man auch nur so lange duldet, solange man auch ausbeuten kann. Auch ihr werdet den verdienten Lohn erhalten. Laßt euch nicht mißbrauchen gegen eure Arbeitskollegen. Wo ist die Arbeit des Betriebsrates?

Er schert sich den Teufel um die betrieblichen Zustände. Er wird von dieser falschlichen Verwaltung wegen seiner Untätigkeit gebudelt. Darum sorgt dafür, daß auch mit unserer Anlage revolutionäre Betriebsräte aufstellen und wählen, damit diesem Treiben ein Ende bereitet wird. Der Betriebsrat muß mit euch gegen den Verfallskampf kämpfen. Das kann er nur, wenn er revolutionär denkt und handelt.

Anträge der kommunistischen Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Die Mitgliedschaft zur Arbeitsgemeinschaft der Bezirksfürsorgeverbände für das engere Industriegebiet, die eine freiwillige ist, sofort zu lösen. Die Arbeitsgemeinschaft, die unter Kontrolle der Oppelner Regierung steht, hat sich als eine Instanz ausgewirkt, die die Interessen der Sozialhilfsbedürftigen mit Füßen tritt.
2. Den in der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Januar d. J. angenommenen Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze für Ortsarme, Klein- und Sozialrentner sofort in Kraft treten zu lassen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt:

Den im Jahre 1927 abgeschlossenen Vertrag mit der Provinzialbank in Ratibor auf Errichtung einer Zweiganstalt in Hindenburg sofort zu lösen und den alten Zustand, wie er war, wiederherzustellen, d. h. die Stadtpar- und Girokasse nicht nur dem Namen nach zu führen, sondern auch die Bankgeschäfte mitzuführen.

Die herrschenden Mißstände bei der Provinzialbank, wie sie selbst bei gerichtlichen Verfahren nur erhärtet wurden, veranlassen die kommunistische Fraktion, diesen Antrag zu stellen.

Schuldeputation tagt

Die Schuldeputation hält am Mittwoch, dem 6. März 1929, 16 Uhr, im Stadthaus I, Doriszenstraße, eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen neben dem Haushaltsplan der Volksschulen für 1929 die Besetzung von zwei freigewordenen Kontrollstellen und drei evangelischen Lehrstellen sowie mehrere Angelegenheiten der Lehrpersonen, wie Heurlaubung, Vertretung, Ueberweisungen usw., ferner Schullinderangelegenheiten und Verfallshinder.

Verstärkte Aufgaben — Verstärkter Kampf!

Die Aufgaben der Internationalen Arbeiterhilfe sind in den letzten Jahren gewachsen. Die Internationale Arbeiterhilfe hatte bei ihrer Gründung 1921 die weltweite große Mission, den hungernden russischen Arbeitern und Bauern an der Wolga zu Hilfe zu eilen. So gewaltig auch diese Aufgabe war, so war sie doch beschränkt auf eine bestimmte Aktion. Im Laufe der letzten Jahre hat dann die Internationale Arbeiterhilfe ihr Programm wesentlich geändert und erweitert.

Die I.A.H. wurde zur proletarischen Hilfsorganisation der Welt. Sie tritt ein bei den großen Naturkatastrophen und bei allen Erschütterungen des Massenelends.

Neben dem aberaus wichtigen Gebiet der Unterstützung großer wirtschaftlicher Kämpfe hat die I.A.H. in der letzten Zeit eine gute und erfolgreiche Arbeit geleistet auf dem sozialpolitischen Gebiet, in der Schaffung von Kinderheimen und bei der Organisation proletarischer Kinderhilfe. Die Arbeit der I.A.H. war in gleicher Weise theoretisch aufklärend wie praktisch gestaltend. In Verbindung mit ihrer Hilfsstätigkeit hat die I.A.H. wertvolle Faktoren der proletarischen kulturellen Arbeit entwickelt, künstlerische Feste, Filmabende, Schauspiele und Ausbau von Filmateliers und Filmunternehmungen, die die besten Filme der Welt produziert, wie „Die Mutter“ oder „Sturm über Wien“, in ihrer Filmfabrik Melchior-Film oder andere Filme der westeuropäischen und amerikanischen Arbeiterbewegung zugänglich gemacht hat, wie „Potemkin“.

Unter Berücksichtigung der jetzigen aktuellen Verhältnisse wird es die I.A.H. auch in Zukunft verstehen, denjenigen ihrer Aufgaben besondere Beachtung zu schenken, die im Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Geschehens stehen. In diesen Tagen und in der gegenwärtigen Zeit stehen im Mittelpunkt aller I.A.H.-Arbeiten und des I.A.H.-Kampfes die bekämpften und rasche Organisation der Hilfe für die großen wirtschaftlichen Kämpfe der europäischen und amerikanischen Arbeiter.

Betriebsmord — Ruwo-Kummel

(Von unserem Betriebssekretär Herr...)

Am Donnerstag, dem 28. Februar, wurde der Arbeiter Emil Mitzenga, im Stahlwert der Julius-Hütte bei Schladerarbeiten in der Blechgrube von einer Wanne (20 Liter Gewicht), die von einem Kran umgestoßen, zerdrückt. Nach Auffinden der Wanne konnte man nur die gerasterten Knochen und Eingeweide sehen. Hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Trotz Ruwo-Vorträgen und Bildern ereignet sich Betriebsmorde als Folge des profitgierigen Betriebs- und Antreibersystems. Prolet, wie lange noch, willst du Elends des Ruwo-Kapital sein?

Ziegenhals

Erstgärtiger Landbauarbeiter

Die Ortsgruppe Ziegenhals machte am Sonntag, dem 24. Februar, mit der Schmelzkapelle trotz Schneetreiben einen Ausmarsch nach Neumalbe, welcher auch für die Rose Front einen guten Erfolg brachte. Es hatte sich in kurzer Zeit eine Anzahl Arbeiter eingestellt. Da der Genosse Jendrosch anwesend war, hielt er eine kurze, kernige Ansprache, wobei es uns gelang, eine Delegation des Roten Frontkämpferbundes zu gründen. Die Kameraden von Ziegenhals machten sich dann wieder auf den Weg nach Hause und freuten sich, wieder einen Erfolg buchen zu können, trotzdem sie im Schnee bis an die Knie waten. Wir werden die junge Ortsgruppe in Neumalbe stets aufs kräftigste unterstützen. Wie begrüßt die Ortsgruppe Neumalbe mit einem dreifachen „Rot Front!“

Kreuzburg

Schneeschipper fordert tarifliche Entlohnung

Die Stadtverwaltung, die eine ganze Anzahl Arbeiter beim Schneeschipper beschäftigt, glaubt mit 17 Mark Wochenlohn die Proleten entlohnen zu können.

Kollegen! Fordert tarifliche Entlohnung nach dem Tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Wehrt euch gegen diesen Lohnverweigerer, verweigert auch die Arbeit. Laßt euch nicht von der Stadtverwaltung ausbeuten.

Oppeln

Heraus zur Erwerbslosendemonstration

am Mittwoch, dem 6. März, um 14 Uhr auf dem Ring in Oppeln.

Kälteauschlag für die städtischen Arbeiter

Mit folgendem Antrag hat sich die kommunistische Stadtverordnetenfraktion an den Magistrat gewandt. Damit ist natürlich noch nichts erreicht, wenn nicht aus den städtischen Betrieben der nötige Druck dahinter gesetzt wird und die im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierten Kollegen verdrängen, daß auch die Öffentlichkeit sich dem Antrag der Kommunisten anschließt.

Oppeln, den 2. Februar 1929.

An den Magistrat der Stadt

Oppeln.

Bei der anhaltenden Kälte und den niedrigen Löhnen der Arbeiter haben sich eine ganze Reihe von Behörden veranlaßt gesehen, ihren Arbeitern einen besonderen Kälteauschlag in der durchschnittlichen Höhe von 20 Mark auszusuchen.

Wir stellen daher hiermit den Antrag, daß auch die Stadt Oppeln allen städtischen Arbeitern sowie Notstandsarbeitern und anderen Arbeitern, die im Freien arbeiten müssen, eine solche Zuschlagshöhe von 20 Mark umgehend zur Auszahlung bringt und nächträglich der Stadtverordnetenversammlung zur Bewilligung der dafür erforderlichen Mittel eine Vorlage zu unterbreiten.

Schneeschipper fordern Tariflohn

Nachstehend gefasste Entschliessung gelangte zur Abfindung an den Magistrat:

Die als Armenunterstützungsempfänger von der Stadt beim Schneeschipper beschäftigten Arbeiter haben in der heute am 1. März stattfindenden Erwerbslosendemonstration im alten Schöndorferpark die verlangte Arbeitsleistung Stellung genommen und erklärt, daß sie nicht gewillt sind, für die wenigen Wenigen von Armenunterstützung irgendwelche Arbeit zu leisten. Wir erklären uns aber alle bereit, die Arbeit sofort zu dem Tariflohn der Gemeinde- und Staatsarbeiter aufzunehmen.

Anbei 95 Unterschriften.

Ein Wunsch der Arbeiterfrauen!

In Berlin kostet eine Kilowattstunde Strom 0,10 Mark. In Oppeln, obwohl die Löhne hier durchaus nicht größer, vielmehr geringer sind, kostet eine Kilowattstunde Strom 0,50 Mark. Könnte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion den Hauptern der Stadt dies nicht wieder einmal unter die Nase halten, damit wir Arbeiterfrauen auch die Erleichterungen wie elektrisch waschen, kochen, bügeln usw., wie es jedesmal der „Leuchtwart“ so schön anklopft, genießen könnten. Bei den jetzigen Strompreisen ist dies nicht möglich.

Die deutsche Arbeiterklasse hat in den letzten Monaten zwei große wirtschaftliche Kämpfe erlebt, aus denen Erschütterungen die gesamte Arbeiterklasse, aber besonders auch die Internationale Arbeiterhilfe Schlagfolgerungen für ihren Kampf und ihre Tätigkeit ziehen muß. Der Kampf der Metallarbeiter an der Ruhr und der Westarbeiter in Hamburg haben erneut die große Bedeutung der Internationalen Arbeiterhilfe in den gegenwärtigen wirtschaftlichen Kämpfen demonstriert. Während früher große Streiks meist unter dem Druck der Not der unorganisierten Arbeiter abgedrückt werden mußten, haben sowohl an der Ruhr, wie in Hamburg die Unorganisierten mit am härtesten und längsten im Kampf ausgehalten, und die Kämpfe wurden unter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Bürokratie abgebrochen. An dem Verhalten der Unorganisierten hat die I.A.H. ein hervorragendes Verdienst, da es ihre Lebensmittel- und Unterstützungsaktionen waren, die es den Unorganisierten ermöglichten, den Kampf wochenlang und, wie in Hamburg, monatelang auszuhalten.

Die I.A.H. hat in richtiger Erkenntnis aber auch versucht, die Unorganisierten den Organisationen zuzuführen. Durch ihre Organisation wurden in Hamburg 1000 neue Mitglieder und an der Ruhr 4000 neue Mitglieder für die I.A.H. gewonnen. Gleichzeitig wurden auch Tausende für die Gewerkschaft gewonnen. Solche I.A.H. den verstärkten Aufgaben gewachsen sein, so muß ihre Organisation erweitert durch Betriebsgruppen und in einem noch härteren Maße als bisher Belegschaften und Betriebe als Kampfmitglieder für ihre Organisation gewinnen.

Der Reichstongress der I.A.H., der im März 1929 nach Dresden einberufen ist, wird Verzicht über seine geleistete Arbeit geben. Deshalb ist es Aufgabe eines jeden einzelnen Mitglieds der I.A.H. zu werden, um mitzugeben am Aufbau der Organisation. Fordert Propagandamaterial an

Sandsekretariat der I.A.H., Oppeln, Bleichstraße 10.

Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Wähle keinen Phrasenakrobaten,
Der beföhlet dich umschleicht.
Berkspiegel und Industriemagnaten
Sind immer einig, daß du's weicht.
Die berufsmäßig verrotten,
Ihne Bonzenlandkudeln,
Die mit Wiffel sehr geschickt
Schlichten jeden Lohnkonflikt.
Die für Ruh und Ordnung brägen,
Nach den kleinsten Kampf abwürgen — —
Ouer Prolet — besinne dich
Die — wähl' nicht!

Dann gibt es auch noch — Pseudo-Margisten,
Gefant und unternehmerstreu.
Die gelben D r e s c h e, Schwarzen C h r i s t e n,
Die dich verschadern ohne Reu'.
Achtstundentag kamplos aufgeben,
Sabotierig nach 'nem Posten streben.
Ihr Ziel ist duden — Wirtschaftsfrieden,
Alford- und Ueberstundenschieben.
Wo diese Eiterbeule wächst
Herrlich Hungerlohn und Herrenrecht.
Hier Prolet — besinne dich,
Die — wähl' nicht!

Noch gibt es Streiter, kampfbegeistert,
Dem Klassenkrieg sind sie geweiht.
Nach kein Terror hat sie gemeistert,
Von Rot sind sie stahlhart geschweiht.
Nicht einer sich in Ruhe sonnt,
Sie stehen in der Klassenfront.
Wirtschaftsfriede — Kapitulation?
Nein Klassenkampf — Revolution!
Prolet — der Unternehmer droht!
Der Kampf ums Brot

Verlangt:
Wähl' rot!
Wutrot!!! Paul V e h n i s c h.

Porzellanarif gekündigt

Die Abkommen über Lohn und Ueberarbeitszeit sind in der Porzellanindustrie seitens der Gewerkschaften zum 31. März 1929 gekündigt worden. Es ist leider noch nicht bekannt, ob und welche Forderungen gestellt werden. Ueber eins müssen sich die in der Porzellanindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im klaren sein: Ueberlassen sie die Verhandlungen über den Neuabschluss den Gewerkschaftsangehörigen und ihren Getreuen, so wird ein Erfolg nicht zu verzeichnen sein. Die Arbeiter selbst müssen die Vorbereitung und Leitung des Kampfes in die Hand nehmen, nur dann werden Verbesserungen der Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen durchgesetzt werden können. Porzellanarbeiter, wählt sofort Kampfeinstellungen!

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

III. Berlin, 4. März. Amtlich wird mitgeteilt: Am 15. Februar 1929 betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und der Sonderfürsorge bei berufsbildender Arbeitslosigkeit nach den vorläufigen Berechnungen rund 2,3 Millionen. Davon entfielen etwa 1,55 Millionen auf die Arbeitslosenversicherung. Zur gleichen Zeit bezogen 155 000 Personen Arzissenunterstützung. Ende Januar gab es nach den endgültigen Zahlen in der Arbeitslosenversicherung und der Sonderfürsorge 2,255 Millionen Unterhützte. In diesen beiden Gruppen ist also in den zwei ersten Februarwochen eine Steigerung um rund 59 000 Personen, in der Arzissenunterstützung um rund 10 000 Personen eingetreten.



Werbung
Werbung
Werbung
Für das Märzangebot der
Roten Jungfront
3.-10. MÄRZ 1929

Aus aller Welt

Der falsche Kriminalbeamte

III. Berlin, 5. März. Am Montagabend wurde, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, in der Jungfernhöhe eine 19 jährige Sekretärin von einem jungen Burchen überfallen und vergewaltigt. Die Sekretärin war mit ihrem Verlobten auf dem Wege nach Hause, als ein Mann auf sie zutrat, sich als Kriminalbeamter ausgab und die Ausweise verlangte. Der Bräutigam erbot sich, diese Papiere von der nahe gelegenen Wohnung des Mädchens zu holen, und der angebliche Kriminalbeamte ging mit dem Mädchen auf das nächstgelegene Polizeirevier zu, wohin die Papiere von dem Bräutigam gebracht werden sollten. Unterwegs fiel der Mann plötzlich über das Mädchen her, schlug es mit einem Totschläger zu Boden, verging sich an ihm und raubte ihm danach die Handtasche mit etwas Geld. Nach der Tat suchte er das Weite und entkam.

Bisher 28 Tote und 12 Verletzte in Sofia

Am Montag entstand im Arsenal in Sofia in der Abteilung für Herstellung von Raketen ein Brand, der ein größeres Lager von Explosivstoffen zur Entzündung brachte. Das einstöckige Fabrikgebäude, das sich innerhalb des Arsenals befindet, wurde durch die Explosion und durch den Brand zerstört. In dem Gebäude waren ungefähr 40 Personen, zum größten Teil Frauen, beschäftigt, die vergebens suchten, durch die brennenden Türen und die mit Gittern versehenen Fenster die Flucht zu ergreifen. Erst nachdem in mühevoller Arbeit das eiserne Gitter eines Fensters herausgerissen war, gelang es, die restlichen zwölf Personen, die zum größten Teil schon verletzt waren, herauszubringen.

Arsenal-Explosion auch in England. Im Arsenal in Woolwich ereignete sich Montag nachmittag eine schwere Explosion mit nachfolgendem Feuer. Von London aus eilte eine sehr große Anzahl von Löschzügen nach der Feuerstelle. Mehrere Personen sind verletzt worden.

Ein nationalsozialistischer Abgeordneter verhaftet

III. Dessau, 5. März. Der nationalsozialistische anhaltische Landtagsabgeordnete Hauptmann a. D. Loeper ist infolge eines vom Magdeburger Schöffengericht erlassenen Haftbefehls am Montag verhaftet worden. Loeper ist wegen Beleidigung der Minister Stresemann und Groener angeklagt. Er war unter Hinweis auf seine Immunität viermal nicht zur Verhandlung erschienen. Da der Landtag nach Auskunft des Landtagspräsidenten jetzt geschlossen ist, wurde Hauptmann Loeper verhaftet.

Ausschluss aus der Partei

Das Sekretariat der Bezirksleitung Groß-Hirchingen der K.P.D. hat in einer Sitzung vom 1. März 1929 beschlossen, die Landtagsabgeordneten Albin Kämmer, Paul Fischer, Hermann Schulte und Frieda Winkelmann wegen fortgesetzter Disziplinbrüche, wegen der Weigerung, ihre Mandate niederzulegen und wegen der Ablehnung der ihnen von der Partei vorgelegten Bedingungen mit sofortiger Wirkung auszuschließen. Diese vier ehemaligen Genossen haben sich bekanntlich mit den ausgeschlossenen rechten Renegaten Tittel und Engert solidarisiert und trotz gegenteiligem Beschluss der Partei beschlossen, sie als Hospitanten in die kommunistische Landtagsfraktion wieder aufzunehmen. Diese verräterische Stellungnahme gegenüber der Partei war um so erbärmlicher, als diese Vier noch auf dem vor wenigen Wochen stattgefundenen Bezirksparteitag eine Erklärung abgegeben hatten, in der sie eine Solidarisierung mit den ausgeschlossenen Tittel und Engert ablehnten und sich zur Partei bekennen.

Die Feuerwehr besand sich am späten Abend noch an der Brandstelle. Der Sachschaden ist beträchtlich.

Eischwierigkeiten in der Ostsee. Im Laufe des Sonntags haben die Eischwierigkeiten in den dänischen Gewässern wieder zugenommen. Im Großen Belt, im Dorelund und zwischen Gjeslar und Warnemünde blieben die Fähren im Eis stecken, darunter die deutsche Fähre „Schweinin“.

Vier Bergleute verschüttet. Auf der Zeche „Konstantin 8-9“ in Riemte bei Bochum wurden vier Arbeiter beim Verladen von Kohle unter stürzenden Kohlenmassen begraben. Zwei von ihnen konnten gerettet werden, die beiden anderen Arbeiter wurden als Leichen geborgen.

Schwerer Rangierunfall. Auf dem Bahnhof Taucha bei Eisenburg stieß ein Rangierzug gegen einen allein im Gleis stehenden Packwagen. Dabei wurden der Zugführer Kohl und der Hilfsrangierer Gürtler aus Behtitzsch bei Eisenburg schwer verletzt. Kohl ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Liebestragödie. Eine schwere Bluttat ereignete sich am Montagvormittag in einem Kraftwagengeschäft in Münster. Ein dort beschäftigter Ladierer hatte schon seit längerer Zeit verheiratet, mit einer Kontoristin ein Liebesverhältnis anzuknüpfen, was aber immer abgewiesen wurde. Am Sonnabend, dem 2. März, hatte er dem Mädchen einen Brief geschrieben, in dem er sie zum Bahnhof bestellte. Das Mädchen kam jedoch dem Verlangen nicht nach. Am Montag legte der Abgewiesene auf den Schreibtisch einen Brief nieder und gab zwei Schüsse auf das Mädchen ab, worauf er sich selbst eine Kugel in den Kopf schoss. Beide wurden schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft. Es besteht kaum noch Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Ueberschwemmungen in China. Das Wasser im Gelben Fluß ist stark gestiegen. 19 Dörfer stehen unter Wasser. Wie das japanische Generalkonsulat aus Schantung berichtet, sollen am Sonntag 300 Personen der plötzlich eingetretenen Ueberschwemmung zum Opfer gefallen sein.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 2. 3.
bis Sonnabend, den 9. 3.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Karl und Anna
Schauspiel v. Leonh. Frank

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 2. 3.
bis Sonnabend, den 9. 3.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Schwengel
Komödie von Peter Buech
Dienstag, 5. 3., 15.30 Uhr
Nathan der Weise

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 14
Die schöne Helena
Mittwoch, 18 Uhr
Gastspiel Gunnar Graarud
(Stadttheater Hamburg)
Trifan und Holde
Abonnements-Vorstellung Serie B 14
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 14
Der Paktikon von Konjumeau
hierauf
Ballettsuite (Ray Heger)
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 14
Die schöne Helena
Sonnabend, 19.30 Uhr
Die Raubritze
Sonnabend, 11.30 Uhr
Sonderanfertigung D. Schlegel Philharmonie
Dirigent Richard Hert
Solistin Alma Woodie (Violine)
Sonntag, 19.30 Uhr
Sarnen

Sie verdienen Sie täglich

10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kiltel, Leinwand,
Kammgarn, Garn, Knöpfe,
Kerzense, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Borib. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Fuldastr. 17
Waldberggasse 43

Anzugzutaten

komplett, von
3.50 Mk. an
Herrn. Roth
Hummerei 52/53

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
Dienstag, 20 Uhr
Gastspiel **EDITH KARIN**
Eine Nacht in Kairo
Vollstündliche Vorstellungen
(Partett 250 Mk. usw.)
Mittwoch, den 6. März, 20 Uhr:
Der Zarewitsch
Freitag, den 8. März, 20 Uhr:
Die Herzogin von Chicago
Sonntag, den 10. März, 15 1/2 Uhr
(nachm. 3 1/4 Uhr.)
Die Försterchristel
Montag, den 11. März, 20 Uhr:
Das Dreimäderlhaus
Mittwoch, den 13. März, 20 Uhr:
Die Zirkusprinzessin
Freitag, den 15. März, 20 Uhr:
Gräfin Mariza
Sonntag, den 17. März, 15 1/2 Uhr
(nachm. 3 1/4 Uhr.)
Der Zarewitsch

Nur Qualitätsware

kaufen Sie
sehr preiswert im
Schuhhaus
Lewkowitz
Breslau, Südfriedländer Str. 25

Das Geld ist knapp

Bei mir erhalten Sie
gegen bequeme
Teilzahlung

- reell und preiswert
- | | |
|------------------------------------|-----|
| Damenmäntel | 2.- |
| Kleider | 2.- |
| Kostüme | 2.- |
| Röcke | 1.- |
| Blusen | 1.- |
| Herrenanzüge | 3.- |
| Sportanzüge | 3.- |
| Hosen | 2.- |
| Herrenanmäntel | 3.- |
| Konfirm-Anzüge | 2.- |
| Luxusschuhe | 2.- |
| Arbeitschuhe | 2.- |
| Bestellen, eis. f. Kind u. f. Erw. | 2.- |
| Mattlatzen | 1.- |
| Federn | 1.- |
| Seibezüge | 1.- |
| Bettlaken | 1.- |
| Leibwäsche für Damen u. Herren | 1.- |
| Oberhemden | 1.- |
| Crkotagen | 1.- |
| Pollover | 1.- |
| Madras-Gardien | 1.- |
| Lätz-yarainen | 1.- |
| Leppiche | 2.- |
| Läuferstoffe | 1.- |
| Linoleum | 1.- |
| Schirme | 1.- |
| Korbmöbel | 1.- |
| Fabrikäder | 3.- |
| Häbmadonnen | 3.- |
| Kinderwagen | 2.- |
| Puppenwagen | 2.- |
| Spektrapparate | 1.- |
| Gallplatten | 1.- |
| Geigen | 1.- |
| Handolinen | 1.- |
| Leuten | 2.- |
| Glasren | 2.- |
| Zitbern | 1.- |
| Zitbern | 2.- |

Quabis-Brot

macht Wangen rot

Rechts- u. Steuerberatung

Renten-, Straf-, Ehesachen usw. Rechtsauskünfte Lohnsteuer-Erstattungsanträge für 1928 werden sachgemäß und billig erledigt bei **Rudolf Dux** Waldenburg **Reinhold** (Eingang am Zeitungsstand)

In Ihrem Interesse

liegt es, sich bei Einkäufen stets auf die Arbeiter-Zeitung zu beziehen

Wochenpielplan

des **Schweidnitzer Stadttheaters** (Dir. P. Richter)
Dienstag, 5. März
abends 7 1/8 Uhr
Ehrenabend für Ruth Richter und Walter Berg
Arm wie eine Krödenmaus
Mittwoch, 6. März
abends 7 1/8 Uhr
Ehrenabend für Siegfried Süßemuth
Die lustige Witwe
Operette von F. Lehár
Freitag:
Keine Vorstellung
Sonntag, 10. März
nachmittag 1 1/4 Uhr
Zum letzten Male
Der ersten Liebe
goldne Zeit
Operette v. J. Gilbert
Abends 7 1/8 Uhr
Zum 1. Male
Der Winternachts-walzer
Operette von F. Lehár

Inserate

haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**

Oskar Baum
Breslau, Sternstrasse Nr. 77
Ecke Hedwigstrasse
Mäntel, Schürzen u. Kleider

Brot-, Weib- u. Feinbäckerei
Bestellgeschäft
Friedrich Reimann
Schweidnitz, Hohnstrasse 13